

Merkel, Wolfgang; Zürn, Michael

Book Part — Published Version

Kosmopolitismus, Kommunitarismus und die Demokratie

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Merkel, Wolfgang; Zürn, Michael (2019) : Kosmopolitismus, Kommunitarismus und die Demokratie, In: Nida-Rümelin, Julian Daniels, Detlef von Wloka, Nicole (Ed.): Internationale Gerechtigkeit und institutionelle Verantwortung, ISBN 978-3-11-061587-6, De Gruyter, Berlin, pp. 67-101,
<https://doi.org/10.1515/9783110615876-007>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/213819>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/4.0/>

Wolfgang Merkel und Michael Zürn

Kosmopolitismus, Kommunitarismus und die Demokratie

Die Globalisierung hat die Welt verändert. Wirtschaftliche, kommunikative, kulturelle und politische Beziehungsgeflechte, die über Grenzen hinweggehen, haben sich verdichtet und ein bisher noch nie da gewesenes Ausmaß angenommen. Die Globalisierung hat Gesellschaften, Konflikte, Institutionen, Organisationen, Verfahren, Ungleichheitslagen, Klassen, Diskurse und Rechtsverhältnisse verändert. Die treibenden Kräfte sind früher wie heute sowohl technologische Entwicklungen als auch das ökonomische Profitstreben. Gleichwohl haben auch politische Entscheidungen eine richtungsweisende Rolle gespielt. Die wichtigsten sind die ‚neoliberale Revolution‘ Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre ausgehend von Thatcher und Reagan, der Washington Consensus von 1989/90, der eine Art Kodifizierung der Globalisierung hervorgebracht hat, das Forcieren und Etablieren von internationalen Institutionen und der regionalen Integration in den 1990ern, die kapitalistische Öffnung ehemaliger sozialistischer Staaten und der ‚Dritte Weg‘, den die US-Demokraten und die meisten sozialdemokratischen Parteien in West- und Osteuropa um die Jahrtausendwende einschlugen.

In diesem Zusammenhang gilt es vor allem zwei Konsequenzen hervorzuheben, welche die Veränderungen der Verhältnisse sozioökonomischer Ungleichheit mit sich gebracht haben. Einerseits hat die sozioökonomische Ungleichheit innerhalb der meisten OECD-Staaten, insbesondere den USA und des UK, erneut zugenommen (Stiglitz 2012; Merkel 2014; Piketty 2014). Andererseits hat sich die globale Ungleichheit aufgrund einer wachsenden globalen Mittelklasse, die insbesondere aus China und anderen asiatischen Ländern stammt, verringert (Milanovic 2016). Diese Entwicklungen haben auch das globale Macht- und Kräftegleichgewicht verändert. Entscheidend dafür ist das anhaltend starke Wirtschaftswachstum der aufstrebenden Mächte wie China und Indien. Zudem kam es in den letzten Jahrzehnten zum Erstarken politischer Institutionen jenseits der Nationalstaaten, die eine Neuverteilung politischer Machtverhältnisse nach sich zogen (Zürn 2018).

Vor dem Hintergrund dieser Verschiebungen begreifen wir Globalisierung als eine soziale Revolution, die dasselbe Potenzial birgt, neue Konfliktlinien zu schaffen, wie die anderen sozialen Revolutionen der westlichen Welt in der Vergangenheit. Um die Genese und den Wandel der Konfliktlinien sowohl auf nationalstaatlicher als auch auf globaler Ebene genauer zu untersuchen, konzentrieren wir uns auf vier Fragen:

- Hat die Globalisierung eine neue Konfliktlinie hervorgebracht, welche die älteren, nationalstaatlichen Konfliktlinien verändert, insbesondere die Verteilungskonfliktlinie zwischen Rechts und Links?
- Können unsere empirischen Ergebnisse zu den grenzüberschreitenden Auseinandersetzungen in den Themenfeldern Handel, Migration, Menschenrechte, Umwelt und Übertragung von Kompetenzen auf internationale Organisationen sowie supranationale Regime als eine Konfliktlinie zwischen Kosmopolitismus und Kommunitarismus beschrieben werden?
- Können wir in fünf Ländern, die so unterschiedlich sind wie die USA, Deutschland, Polen, die Türkei und Mexiko, einheitliche Konfliktmuster erkennen?
- Welche Individuen und welche kollektiven Akteure sind an welchem Pol dieser Konfliktlinie einzuordnen? Inwieweit sind diese Positionierungen von materiellen Interessen, kulturellem Kapital und politischen Überzeugungen geprägt?

Nach einer Zusammenfassung der zentralen empirischen Ergebnisse, die wir weitgehend dem von uns (mit-)herausgegebenen Buch *The Struggle over Borders* (De Wilde et al. 2019) entlehnt haben, wenden wir uns vor allem den normativen Gesichtspunkten zu und fragen: Was bedeutet die Auseinandersetzung über Grenzen für die Qualität von Demokratien? Was für ein Verständnis von Demokratie verfolgen die Vertreter kosmopolitischer und kommunitaristischer Demokratieentwürfe? Was sind ihre Stärken und Schwächen aus einer demokratischen Perspektive?

1 Hat die Globalisierung eine neue Konfliktlinie hervorgebracht?

Harry Eckstein (1966) und insbesondere Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan (1967) waren die Schlüsselfiguren, die den Begriff der Konfliktlinie (*cleavage*) für die Zwecke der Erforschung von sozialen Konfliktformationen und politischen Parteien in westeuropäischen Gesellschaften fruchtbar gemacht haben. Auf beeindruckende Weise beschreiben Lipset und Rokkan die historische Genese von vier Konfliktlinien in Westeuropa und wie diese in politischen Parteiensystemen Ausdruck fanden (vgl. auch Flora 2000). Gleichzeitig blieb aber die Definition des zugrundeliegenden Konzepts merkwürdig unspezifisch. Stefano Bartolini (2005, S. 16) kritisierte dies und rückte den Kausalzusammenhang zwischen sozialen Konflikten und politischer Ordnung in den Vordergrund. An diese Kritik an-

knüpfend konkretisierte Peter Mair (2006) den Begriff der Konfliktlinien zu einem analytischen, wissenschaftlichen Konzept, das drei Bestandteile aufweist (Mair 2006, S. 373):

- ein *strukturelles* Element, das sich in den durch die Position geprägten Interessen unterschiedlicher sozialer Gruppen und Individuen in verschiedenen Gesellschaften ausdrückt;
- ein *ideelles* Element, mit dem die Dimension der Überzeugungen und Werte in einem kohärenten politischen Narrativ ausformuliert werden;
- ein *organisatorisches* Element, womit auf Institutionen und Organisationen wie Parteien, Interessensgruppen und NGOs verwiesen wird, die durch Mobilisierung von politischer Zustimmung aus der Gesellschaft strategisch zur Verschärfung der Konfliktlinien beitragen.

Alle drei Dimensionen müssen thematisiert werden, um Aufschluss darüber zu erlangen, ob die Globalisierung bzw. ihre sozialen und politischen Gegenbewegungen eine neue Konfliktlinie entstehen ließen.

2 Das ideelle Element

Der Begriff Kosmopolitismus umreißt eine philosophische Werte- und Ideenwelt, die vor zwei Jahrzehnten nur wenigen außerhalb der akademischen Sphäre bekannt war. Inzwischen hat der Begriff längst die akademische Sphäre verlassen. Die neue Popularität des Begriffs ist selbst eine Folge der Globalisierung. Auf ihn wird zunehmend in der breiten, auch massenmedialen Öffentlichkeit rekurriert. Zudem dient er zur normativen Selbstbeschreibung, insofern sich Befürworter gerne aus moralischer Überzeugung, wenn nicht gar mit einem gewissen Stolz bis hin zur Hybris, als Kosmopoliten bezeichnen. Dabei halten sie Werte hoch wie die universellen Menschenrechte und die globale Verantwortung für Flüchtlinge oder für die Umwelt. Die moralischen und politischen Überzeugungen von Kosmopoliten lassen sich hauptsächlich auf drei Kernelemente verdichten, wie Thomas Pogge im Rahmen seiner Ausführungen darlegt: Individualismus, Universalismus und Verallgemeinerungsfähigkeit. Diese drei Werte bilden den Ausgangspunkt der kosmopolitischen Überzeugung, dass „Personen die ultimative Einheit der Sorge aller sind – nicht nur ihrer Landsleute, Glaubensgenossen oder dergleichen“ (Pogge 1992, S. 49). Selbst Theoretiker, die keine radikal universalistische Position einnehmen, sondern die Relevanz sozialer Kontexte betonen, argumentieren oft, dass der entscheidende soziale Kontext gegenwärtig der globale sei. Demnach hat die Globalisierung nationale Gesellschaften geöffnet und in einen globalen Kontext gestellt. Vor dem Hintergrund dieser ‚Schicksalsgemein-

schaft' (Held 1995) präsentiert sich der Kosmopolitismus als die adäquate normative Antwort.

Dabei umfasst der Kosmopolitismus eine ganze Reihe von normativen Theorien, die sich in vielen Punkten unterscheiden. In institutioneller Hinsicht liegen die zentralen Divergenzen in den Fragen, inwieweit globale Institutionen mit Zwangsbefugnissen ausgestattet werden sollten und inwiefern materielle Umverteilung ein Aspekt des kosmopolitischen Entwurfs darstellen sollte. Theoretiker wie Simon Caney (2005) und Thomas Pogge (2002) sehen eine kosmopolitische Umverteilung zugunsten der Ärmsten der Welt als moralische Pflicht an. Autoren wie Ottfried Höffe (1999) und wiederum Simon Caney (2007) unterstreichen die Notwendigkeit von internationalen Institutionen mit Zwangsvollstreckungskompetenzen, die idealerweise auf globaler Ebene eingerichtet werden sollten, während Charles Beitz (2009), Seyla Benhabib (2007), David Held (1995) und Daniele Archibugi (2008) Mehrebenen-Governancemodelle befürworten, die ein Gleichgewicht zwischen nationalstaatlichen und globalen Institutionen etablieren könnten. Einige Kosmopoliten sind im deontischen Sinne Universalisten (Pogge 2002; Nussbaum 2011), während andere kosmopolitisches Denken für die Konsequenz der Globalisierung halten. Letztere stellen die Externalitäten, also die über Grenzen hinwegwirkenden Effekte von Globalisierung und transnationalen Herrschaftsverhältnissen, die Gerechtigkeit als globalen Problemrahmen ausweisen, in den Mittelpunkt ihrer Argumentationen (Held 1995; Forst 2011; Risse 2012). Gerade diese Spielart kosmopolitischen Denkens gewinnt durch die Globalisierung an Einfluss und Relevanz. Sie ist zu der dominierenden normativen Haltung von Eliten und der gebildeten urbanen Mittelschicht westlicher Gesellschaften geworden.

Vor diesem Hintergrund ist es wenig überraschend, dass der Kosmopolitismus in griffigeren Varianten im öffentlichen Diskurs zirkuliert, als Denktradition eine Konjunktur erlebt und als politische Ideologie wirksam wird. Dabei konnte er erfolgreich ein kompaktes Narrativ entwickeln, das globale Gerechtigkeit, pluralistische Offenheit und zukunftsgerichtetes Denken zu einer Einheit verbindet. Mit unterschiedlicher Priorisierung und divergierender Intensität fordern Kosmopoliten in der politischen Arena die Öffnung von Grenzen, d. h. freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital, Rechten und Menschen. Dabei werden diese Forderungen nicht immer einheitlich von allen Kosmopoliten vertreten: Manche sind kritisch gegenüber dem Freihandel oder freiem Kapitalfluss, während sie gleichzeitig offene Grenzen für Flüchtlinge und Migranten fordern oder die Übertragung von nationalen Kompetenzen an internationale Organisationen und supranationale Regime als wünschenswert erachten. Aus kosmopolitischer Perspektive haben globale politische Ziele, wie etwa Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels, notwendigerweise Vorrang vor historisch gewachsenen na-

tionalstaatlichen Grenzen, die in normativer Hinsicht als kontingent erachtet werden. Das kosmopolitische Argument lautet dementsprechend, dass nationalstaatliche Kompetenzen und zwischenstaatliche Kooperationen weder funktional hinreichend noch normativ befriedigend sind, um den Herausforderungen der Globalisierung zu begegnen. Es ist daher notwendig, nationalstaatliche Hoheitsrechte auf supranationale Körperschaften zu übertragen (z. B. Held 2004). Die Europäische Union (EU) wird dabei oft als ein Modell für globales Regieren angesehen. Aus dieser Perspektive kommt dem Prinzip der Betroffenheit – jeder, der von einer Entscheidung betroffen ist, sollte auch an ihr beteiligt werden – eine höhere Geltung zu als dem Prinzip der Gemeinschaftsmitgliedschaft – jeder, der einer Gemeinschaft angehört, sollte bei den Kollektiventscheidungen der Gemeinschaft beteiligt werden. Während diese beiden Prinzipien in der Blütezeit der Nationalstaaten eine gewisse Konvergenz ausgebildet haben, entfaltet sich durch die Globalisierung eine Divergenz.

Bei Kommunitaristen ist der Hang zu kühnen theoretischen Entwürfen weniger stark ausgeprägt. Sie heben in erster Linie die konstitutive Rolle von Gemeinschaft und Identität für die Entwicklung von sozialen Gesinnungen und Haltungen hervor. Aus dieser Perspektive sind Verteilungsgerechtigkeit und Demokratie abhängig von sozialen Kontexten, die meist territorial begriffen werden.

Bisher haben die philosophischen Entwürfe des Kommunitarismus kein so erfolgreiches Narrativ mit politischer Relevanz entwickeln können wie die kosmopolitische Tradition. Ein Grund dafür liegt in der Vielfalt und mangelnden Kohärenz kommunitaristischen Denkens. Es gibt keinen Konsens darüber, wie das Konzept Gemeinschaft zu verstehen ist. Damit bleibt der theoretische Grundbegriff, auf den sich Kommunitaristen vorzugsweise beziehen, unbestimmt. Er wird unter anderem verstanden als lokale Gemeinschaft, Region oder Nationalstaat. Eine einheitliche These der kommunitaristischen Ausführungen ist jedoch die Annahme, dass diesen Gemeinschaften eine soziale und politische Identität zukommen soll, dass sie Solidarität und ein stabiles Gefühl der Zugehörigkeit ermöglichen, aber auch unterdrücken können sollen. Rechtspopulisten, welche die nationalistische Version eines Ideals der Gemeinschaftszugehörigkeit formulieren, vergessen dabei oft, dass es gerade der zentralistische Nationalstaat ist, der lokale oder regionale Gemeinschaften unterdrückt.

Kommunitarismus ist bei Weitem keine einheitliche philosophische Denkrichtung. Das Spektrum reicht von Michael Sandels (1982) kommunitaristischer Kritik an der Vorstellung eines atomistischen Individuums als ‚ungebundenem Selbst‘, über Michael Walzers (1983) divergente nicht-universalistische ‚Sphären der Gerechtigkeit‘, Benjamin Barbers (1984) Vorstellungen einer kommunalen Basisdemokratie, dem Ideal des moralischen Schutzes der Gemeinschaft vor dem Markt in Bellahs (1967) Beiträgen zur Zivilreligion bis hin zu Alasdair MacIntyres

(1988) ‚Patriotismus‘ und Loyalität gegenüber der Nation. Neben all diesen Divergenzen ist dem kommunitaristischen Denken die Vorstellung inhärent, dass moralisches Handeln ohne Loyalität gegenüber einer eindeutig festgelegten Gemeinschaft unmöglich ist; wobei Gemeinschaft eine Stadt, eine historisch gewachsene subnationale Region oder – nicht zuletzt – eine Nation sein kann. In diesem Zusammenhang unterscheiden sich kommunitaristische Positionen eklatant von kosmopolitischen. Grenzen werden als bedeutungsvoll und in gewissem Sinne auch als konstitutiv für Gerechtigkeitsvorstellungen angesehen. Ihnen wird eine gewisse normative Disposition zugeordnet. Gleichzeitig wird jede Form der Übertragung von Kompetenzen und Rechten auf supranationale Institutionen mit Skepsis betrachtet. Während in manchen Zusammenhängen die funktionale Notwendigkeit anerkannt wird, wird ansonsten kontinuierlich auf die negativen Effekte für die demokratische Selbstbestimmung auf niedrigerer Ebene verwiesen. Insofern stehen Kommunitaristen weit weniger hinter inter- und intranationalen Institutionen und regionalen Integrationsprozessen als Kosmopoliten. Die unterschiedlichen Varianten kommunitaristischen Denkens konnten jedoch kein überzeugendes gemeinsames Narrativ entwickeln, weshalb der Begriff außerhalb der akademischen Welt auch kaum Relevanz erlangte.

Kann diese Gegenüberstellung von Kosmopolitismus und Kommunitarismus fruchtbar gemacht werden, um gesellschaftliche Konflikte zu beschreiben? Unsere Ergebnisse stützen die These, dass sich eine neue Konfliktlinie zwischen kosmopolitischen und kommunitaristischen Positionen entwickelt hat (vgl. De Wilde et al. 2019). Dies ist für alle fünf untersuchten Länder (USA, Deutschland, Mexiko, Türkei, Polen) der Fall. Die mit der Konfliktlinie zusammenhängenden Debatten (bspw. über das Für und Wider von offenen Grenzen oder die Übertragung von Kompetenzen an Institutionen jenseits des Nationalstaats) strukturieren mittlerweile die politische Landschaft. Gleichzeitig kommt es zu einer wechselseitigen Beeinflussung zweier Konfliktlinien, also der neuen Konfliktlinie zwischen Kosmopoliten und Kommunitaristen einerseits und der alten Konfliktlinie zwischen Klassen andererseits. Bei Fragen der Handelspolitik ist es meist die alte Konfliktlinie zwischen linken und rechten Parteien, welche die Debatte strukturiert, während alle anderen Debatten unter dem Vorzeichen der neuen Konfliktlinie stehen. Die Art und Weise, wie viele Themen in diesem Spannungsfeld thematisiert werden, führt zu einer kosmopolitischen Koalition, die liberale Nationalisten und Kosmopoliten mit gemeinsamem Interesse an offenen Grenzen vereint, gegen ein kommunitaristisches Lager, das die Bedeutung von Grenzen betont.

In der politischen Praxis wird der Kommunitarismus oft von nationalistischen Tönen dominiert. Die Auseinandersetzungen über Fragen der Grenzöffnung oder -schließung führten zu einem einseitigen Zugriff auf die vielfältige philosophische Denkrichtung des Kommunitarismus. Die ‚Gemeinschaft‘ wird zumeist als Nation

verstanden, die auf einer exklusiven Definition der Staatsbürgerschaft aufbaut. Seit den späten 1970er Jahren identifizieren sich Rechtspopulisten zunehmend mit dem Nationalstaat, um sich einer weiteren supranationalen Integration entgegenzustellen. Nur wenige Jahre später setzte zudem eine nationalistische Rhetorik ein, in der ‚die Nation‘ als ethnisch und religiös homogenes Gebilde inszeniert wird. Während die Vorstellung einer sozialen, solidarischen Gemeinschaft, wie sie die schwedischen Sozialdemokraten Ende der 1930er Jahre entwickelten hatten (Per Albin Hanssons Vision eines ‚Volksheims‘), zunehmend abklang, setzten die aufstrebenden Rechtspopulisten einen Diskurs auf, der ‚Gemeinschaft‘ als ethnisch und kulturell homogenen Nationalstaat propagiert. Aus ihrer Perspektive muss sich der Staat vor einer supranationalen Unterwanderung ebenso wie vor Migration, dem Islam und der multikulturellen Auflösung der vermeintlich kulturell homogenen Nation schützen. Während das solidarische Verständnis einer politischen Gemeinschaft sozial inklusiv angelegt war, stellt die rechtspopulistische Variante auf ethnische Exklusivität ab. Es handelt sich somit um eine einseitige und nationalistische Interpretation des Kommunitarismus, die aber letztlich doch für die Verlierer der Globalisierung zu einem politisch attraktiven Narrativ werden konnte.

Selbstverständlich gibt es auch Vertreter, die versuchen, die philosophischen und politischen Unterschiede zwischen den kosmopolitischen und kommunitaristischen Polen zu überbrücken (vgl. z.B. Goodhart 2004; Walzer 2007, S. 53 ff., S. 96 ff.; Risse 2012). So kann man in der politischen Sphäre subtilere Stimmen vernehmen, die nicht gegen Einwanderung oder für nationalistische Grenzschließung per se argumentieren. Sie akzeptieren oder favorisieren sogar kontrollierte Einwanderung, um ein gewisses Maß an sozialem und kulturellem Zusammenhalt garantieren zu können, sofern es dem Sozialkapital (Putnam 2000) oder dem solidarischen Wohlfahrtsstaat (Scheffer 2011) förderlich ist. Jedoch verfügen diese eher nuancierten Argumentationsformen kaum über hinreichend ideologische Kraft, um im öffentlichen Diskurs gehört zu werden oder in Form von sozialen oder politischen Organisationen ein politisches Lager bilden zu können. Somit gibt es im Wesentlichen vier politische Lager, welche die Debatte dominieren: Kosmopoliten mit einem Fokus auf offene ökonomische Grenzen (auch Neoliberale oder liberale Nationalisten genannt); Kosmopoliten mit einem Schwerpunkt auf offene Grenzen für Migranten sowie der Forderung nach Kompetenzübertragung an Institutionen jenseits des Nationalstaats; Kommunitaristen mit der Forderung strenger Kontrolle der Grenzen zugunsten eines solidarischen Wohlfahrtsstaats (Volksheim); Rechtspopulisten mit der Priorität für geschlossene Grenzen und der Ablehnung jeglicher Versuche, Zuständigkeiten, Kompetenzen und Rechte an supranationale Regime zu übertragen.

3 Das strukturelle Element

Der Kosmopolitismus ist zu einem erfolgreichen und kohärenten Narrativ geworden, das fortschrittliche Werte, einen eleganten *lifestyle* und transnationale Wirtschaftsinteressen vereint. Es ist daher zu erwarten, dass die Kosmopoliten ein überdurchschnittliches Bildungsniveau und Einkommen sowie ein hohes Maß an kulturellem Kapital und Humankapital aufweisen. Sie sind kulturell offen und sowohl räumlich als auch beruflich mobil, letztendlich also die Gewinner der Globalisierung. Auf der anderen Seite gilt es idealtypisch zu erwarten, dass die Kommunitaristen die politischen Errungenschaften des Wohlfahrtsstaats der Nachkriegszeit verteidigen wollen und mit den entgegengesetzten Eigenschaften (der Kosmopoliten) zu beschreiben sind. Sie haben ein unterdurchschnittliches Bildungsniveau und Einkommen, ein eingeschränktes Kultur- und Humankapital und sind weniger mobil jenseits des Nationalstaats. Kommunitaristen neigen dazu, eher die Verlierer der Globalisierung zu sein und ein besonderes wirtschaftliches und kulturelles Interesse am National- wie Sozialstaat zu haben. Sie weisen eine starke Präferenz für eng kontrollierte nationalstaatliche Grenzen auf.

Es stellt sich die Frage, ob sich unsere theoretischen Hypothesen über die Merkmale von Kosmopoliten und Kommunitaristen bestätigen. Im Allgemeinen ist das der Fall. Im Detail zeigen sich aber komplexere Merkmalstrukturen. Die kosmopolitisch-kommunitaristische Trennlinie findet ihren Ausdruck vor allem in einem Eliten-Massen-Konflikt. Zugehörigkeit zu den Eliten wirkt sich unabhängig und signifikant positiv auf kosmopolitische Einstellungen in allen fünf Ländern aus. Zusätzlich zeigt die Analyse von öffentlichen Diskursen, dass eine kosmopolitische Koalition den politischen Diskurs dominiert. Die kosmopolitisch-kommunitaristische Konfliktlinie ist zu einem hohen Grad eine Trennlinie zwischen Eliten und erheblichen Teilen der breiten Öffentlichkeit. Während die Eliten überwiegend kosmopolitisch ausgerichtet sind, scheint die Öffentlichkeit eher gespalten zu sein. Dort gilt: je gebildeter umso eher kosmopolitisch.

Mit steigendem Bildungsniveau lassen sich eher kosmopolitische Einstellungen in der Öffentlichkeit beobachten. Neben dem Statusunterschied und über diesen hinaus scheint Bildung eine zusätzliche Ursache für die stark ausgeprägten kosmopolitischen Einstellungen unter den Eliten zu sein. Bildung fördert die Ausbildung von kulturellem Kapital und Humankapital, welche es ermöglichen, sich mit fremden Kulturen auseinanderzusetzen und die Ideale universeller Normen und kosmopolitischer Verpflichtungen anzuerkennen. Darüber hinaus entspricht die Öffnung der Grenzen für den Freihandel, für Kapital und Arbeit oft den wirtschaftlichen Interessen der besser Gebildeten bzw. der Eliten. Rationale

ökonomische Interessen korrespondieren und forcieren normative kosmopolitische Überzeugungen.

Widerstand gegenüber dem Kosmopolitismus ist in allen fünf Ländern zu erkennen. Die Themen variieren jedoch von Land zu Land. In den USA und in Deutschland wird von der Opposition primär der Themenschwerpunkt Migration in den Fokus gerückt, während in Polen v. a. die regionale Integration zur Debatte steht.¹ In Mexiko thematisiert die Opposition primär den Themenschwerpunkt Handel. In der türkischen Debatte treten kaum Globalisierungsgegner auf, lediglich leichte Kritik an der Migrationspolitik ist von den Gouverneuren der Republikanischen Volkspartei (CHP) zu vernehmen. Im Allgemeinen zeigt sich, dass ein bereits sehr hohes Niveau an supranationaler Integration und vergleichsweise offene Grenzen zu schwächer ausgeprägten Forderungen nach kosmopolitischer Veränderung führen.

Das erklärt auch, weshalb die Überzeugungen in der deutschen Bevölkerung oft nicht kosmopolitischer sind als in anderen Ländern. Gleichzeitig scheinen aber deutsche Eliten besonders kosmopolitisch zu sein. Dies lässt sich auf die spezifischen Interessen des Landes zurückführen, das mit seiner stark exportorientierten Wirtschaft zu den offensten Volkswirtschaften der Welt gehört. Es steht allerdings auch im Zusammenhang mit der deutschen Vergangenheit. Mit der Erfahrung des Nationalsozialismus wird im Modus moralischen Pflichtbewusstseins auf nationalistische Anschauungen verzichtet, was jedoch zuweilen zu der Überzeugung führt zu wissen, was gut für Deutschland und die Welt sei.

In Bezug auf die politischen Arenen jenseits des Nationalstaats ist erkennbar, dass globale Eliten grundsätzlich kosmopolitischer sind als europäische Eliten, die wiederum kosmopolitischer sind als nationale. Der Kosmopolitismus dominiert besonders die Verlautbarungen in der UN-Generalversammlung. Die im Europäischen Parlament (EP) vertretenen Positionen sind dagegen im Durchschnitt weniger weltoffen als die der UN-Generalversammlung, übertreffen aber immer noch die der nationalen Parlamente. Als umstrittenstes Thema dieser Versammlungen zeigen sich Handelsangelegenheiten. Handel und regionale Integration scheinen sowohl durch die politische Praxis der EU und UN geprägt zu werden als auch durch die Distanz zwischen diesen beiden Organen und der Öffentlichkeit.

Innerhalb der Europäischen Union sind die administrativen Eliten der Europäischen Kommission kosmopolitischer und forcieren die europäische Inte-

¹ In jüngster Zeit zeigen die Antimigrationspolitik der rechten PiS-Regierung und die erklärte Absicht, keine Migranten aus anderen EU-Mitgliedsstaaten aufzunehmen, dass Migration auch in Polen ein Thema geworden ist, das die Gesellschaft des Landes spaltet.

gration eher als die Mitglieder des Europäischen Parlaments. Dies steht im Zusammenhang mit der starken Autonomie der Europäischen Kommission, die sich vor allem in den unterentwickelten Verantwortungspflichten gegenüber den nationalen Regierungen und insbesondere den Bürgern gegenüber zeigt. Im Gegensatz dazu müssen sich die Abgeordneten des Europäischen Parlaments direkt vor den Wählern ihrer jeweiligen Länder verantworten. Anscheinend prägen nationale Interessen die Einstellungen und Entscheidungen der Parlamentarier viel stärker als die der supranationalen und technokratischen Eliten in der Kommission. Fast ein Fünftel der Parlamentarier des EPs kann dem Lager der Euroskeptiker zugeordnet werden, wenn man sie nicht gar als Gegner der europäischen Integration begreifen muss wie beispielsweise die parlamentarischen Gruppen „Europa der Freiheit und der direkten Demokratie“ und „Europa der Nationen und der Freiheit“. Diese anti-europäischen Positionierungen wirken sich auch auf das etwas niedrigere Niveau kosmopolitischer Einstellungen im EP aus.

4 Das organisatorische Element

Es besteht eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass sich die neuen gesellschaftlichen Konflikte in eine dauerhafte Konfliktlinie transformieren, wenn wirkungsmächtige Akteure ihre Anhänger mobilisieren oder ihre Interessen in Politik und Gesellschaft vertreten. Unter solche Akteure fallen Interessensgruppen, NGOs, politische Parteien, dissentierende Staaten in internationalen Kontexten und supranationale Organisationen bzw. deren Exekutivorgane.

Wir haben auch politische Forderungen in der medialen Öffentlichkeit untersucht und gefragt, inwieweit relevante politische und soziale Akteure – intendiert oder nicht intendiert – entlang der Konfliktlinien in den Politikfeldern Menschenrechte, Klimawandel, Migration und Handel mobilisiert haben. Dabei konnten wir zeigen, dass es in den Medien der untersuchten Länder eine starke kosmopolitische Akteurskoalition gibt, die für offene Grenzen in jedem Politikfeld eintritt. Strittig ist für sie lediglich die Frage nach der Aufteilung von Entscheidungskompetenzen auf nationale und supra- bzw. internationale Institutionen. Die informelle Koalition unterstützt im Allgemeinen eine regionale Integration. Sie befürwortet aber auch, dass die nationalstaatlichen Institutionen die finale Kontrolle über politische Entscheidungen behalten sollen. Zu den Hauptakteuren der ‚Koalition für offene Grenzen‘ gehören die meisten der etablierten Parteien, staatliche Vertreter in der Regierung, Verwaltung und Justiz sowie die wichtigsten Medien. Es gibt jedoch eine sichtbare Rechts-Links-Trennung innerhalb dieser Koalition. So lässt sich eine Gruppe an Freihandelsgegnern unter den linken

Parteien² und Organisationen identifizieren sowie eine Gruppierung von Migrationsgegnern unter den rechten Parteien, insbesondere in den USA, in Deutschland und Polen.

Da die meisten etablierten Parteien für offene Grenzen und eine moderate Verschiebung von politischen Kompetenzen eintreten, entsteht ein politischer Raum für die Gegner des kosmopolitischen Projekts. Mit Wahlergebnissen zwischen 5 und 30 Prozent nutzen rechtspopulistische Parteien in vielen westeuropäischen Ländern diesen politischen Raum. Die Dänische Volkspartei (DF), die FPÖ in Österreich, der Front National in Frankreich und Geert Wilders Partei für die Freiheit (PVV) sind prominente, aber keinesfalls die einzigen Beispiele. In der Schweiz ist die Schweizerische Volkspartei (SVP) Teil einer Regierungskoalition. In Teilen Osteuropas, insbesondere in Ungarn und Polen, sind illiberale Rechtspopulisten zu dominanten Regierungsparteien geworden. In Ungarn ist die rechtspopulistische Partei Fidesz mit Stimmanteilen knapp unter 50 Prozent zu einer neuen Volkspartei aufgestiegen. Diese rechtspopulistischen Parteien sind vor allem in kulturellen Fragen, wie etwa der Einwanderungspolitik oder in ihrer antiislamischen Anschauung, klar illiberal und verweigern gleichzeitig jeglichen Ausbau supranationaler Kompetenzen (Merkel/Scholl 2018, S. 34 ff.). Einhergehend mit dem Trend zu nationalem Protektionismus in Wirtschaftsfragen sind sie zumindest in Europa zu echten realpolitischen Kommunitaristen nationalisticer Façon geworden.

Volksparteien, die für offene Grenzen und einen moderaten Transfer von politischen Kompetenzen weg vom Nationalstaat stehen, lassen auch Raum für den Aufstieg genuin kosmopolitischer Parteien. In gewisser Weise haben die grünen Parteien diesen Raum besetzt, die deutschen Grünen zunehmend erfolgreich. Doch indem die Grünen nicht ausschließlich als Utopisten gelten wollen, entwickeln die pragmatischen Flügel ihrer Parteien eine Nähe zur Mitte des Parteiensystems. Mindestens ebenso wichtig sind allerdings internationale und regionale Institutionen sowie globale und transnationale Organisationen, die staatenübergreifend sektorale Interessen organisieren und Zuarbeit für internationale Organisationen leisten.

In Westeuropa prägt die kosmopolitisch-kommunitaristische Spannung auch die Programme, Inhalte, Mitglieder und Wählerschaften innerhalb der Parteien. Vor allem die Mitte-Rechts-Volksparteien (Christdemokraten) und die Mitte-Links-Volksparteien (Sozialdemokraten) müssen mit dieser Spannung umgehen. Die

² Es gibt einen gegenwärtigen Trend unter den europäischen rechtspopulistischen Parteien, wie es sich etwa in Frankreich, Österreich, Ungarn und Polen beobachten lässt (Spittler 2017). Die ältere ‚Gewinnerformel‘ (nationalistisch in kulturellen Angelegenheiten und neoliberal in Wirtschaftsfragen) wurde somit in eine kohärent kommunitaristische Position umgewandelt.

sozialdemokratischen Volksparteien scheinen stärker betroffen zu sein, weil ihre Programme traditionell sowohl kosmopolitische (internationalistische) als auch kommunitaristische Wurzeln (Volkshem)³ haben. Darüber hinaus weisen diese Parteien typischerweise eine disparate (*curvilinear*) Organisationsstruktur auf (May 1973, S. 135 ff.). Die Mitgliederbasis (sowie die Wählerschaft) sind oft in zwei Lager geteilt: kommunitaristische Arbeiter einerseits und eine kosmopolitisch gesinnte Mittelklasse andererseits; die mittlere Organisationsebene der Parteien besteht aus Funktionären, die größtenteils aus der neu entstandenen Mittelklasse hervorgingen und dezidiert kosmopolitische Gesinnungen aufweisen; schließlich hat die Parteiführung meist kosmopolitische Überzeugungen, nimmt aber aus wahlstrategischen Gründen mitunter auch kommunitaristische Positionen ein. Der Konflikt zwischen den Lagern, sowohl innerhalb der drei Organisationsebenen als auch zwischen ihnen, ist ungelöst und kann vermutlich auch nicht gelöst werden. Diese Art der ideologisch-organisationalen Lagerbildung muss als ein spezifischer Ausdruck der internen Spannung entlang der kommunitaristisch-kosmopolitischen Konfliktlinie verstanden werden. Insbesondere viele sozialdemokratische und linkssozialistische Parteien sind entlang dieser Konfliktlinie gespalten, insofern sich eine Differenz zwischen ihren Eliten auf Bundesebene einerseits und ihren lokalen Repräsentanten, Mitgliedern und Wählern andererseits entlang der Linie formatiert.

Die Mitte-Rechts-Volksparteien sind stärker in der Tradition des Nationalstaats verwurzelt und haben historisch ein eher kritisch-distanziertes Verhältnis zu multikulturellen Werten in der Gesellschaft, zu Minderheitenrechten und Immigration. In dem Maße, in dem sie zum Zentrum des Parteienspektrums tendieren, beginnen sie auch mit der Aneignung kosmopolitischer Anschauungen. Somit korrespondieren ihre strategischen Probleme mit denen der Sozialdemokraten. Christdemokraten befürworteten schon immer die europäische Integration und die Integration der Märkte. Aufgrund ihrer katholischen Soziallehre und der ordoliberalen Marktrahmung haben sie jedoch auch traditionell konservative Mitglieder unterer Schichten an sich binden können, die mit Formen von wirtschaftlichem und sozialem Protektionismus sympathisieren. Je mehr Christdemokraten markt- und immigrationsfreundliche Positionen einnehmen, d. h. für offene Grenzen stehen, desto mehr riskieren sie den Verlust von Stimmen des konservativen Lagers der unteren Schichten, wovon die rechtspopulistischen

³ ‚Folkshemmet‘ war das Leitprinzip der schwedischen Sozialdemokratie zwischen Ende der 1930er Jahre bis in die 1990er Jahre mit dem formulierten Ziel, eine kohärente und solidarische Gemeinschaft innerhalb klar definierter Grenzen zu schaffen. Während diese Idee in Schweden in Vergessenheit geraten ist, wurde sie von fast allen Parteien in Dänemark aufgegriffen und mit der Idee des geschlossenen Nationalstaats in Einklang gebracht.

Parteien profitieren, die zunehmend eine nationalistisch-kommunitaristische Position einnehmen. Angesichts dieser populistischen Wahlerfolge tendieren Volksparteien gegenwärtig zunehmend zu Positionen, die im Kontext der Migration Grenzschiebungen befürworten. Bisher haben wir keine systematischen empirischen Belege dafür, dass diese kulturelle Rechtsverschiebung der Volksparteien die Wähler wieder von rechtspopulistischen Parteien zurückholen kann.

Als Volksparteien die Parteiensysteme ihrer Länder dominierten, hatten sie tendenziell eher eine moderierende Funktion in Situationen mit politischen Konfliktlinien. Das ist darin begründet, dass eine Volkspartei es sich nicht leisten kann, die Anhängerschaft aus einer großen sozialen Schicht oder einem relevanten kulturellen Milieu zu verlieren, ohne ihr Ziel, eine Volkspartei zu sein, aufzugeben. Wenn jedoch die Folgebereitschaft der Wählerschaft dieser Parteien erodiert, was in vielen europäischen Ländern gegenwärtig zu beobachten ist, gewinnen kleinere Parteien an Bedeutung und sind besser in der Lage, sich entlang der kosmopolitisch-kommunitaristischen Konfliktlinie zu positionieren und entsprechend Wähler zu mobilisieren. Während die Etablierung kosmopolitischer und post-materialistischer Einstellungen und Werte zur Entstehung grüner Parteien beitrug, hat die darauf erfolgende nationalistisch-kommunitaristische Reaktion das Anwachsen rechtspopulistischer Parteien forciert. Während die grünen Parteien der liberalen Demokratie gegenüber loyal sind,⁴ ist das Verhältnis der Populisten zum demokratischen System höchst umstritten (vgl. Mouffe 2005, 2018; Mudde 2007, 2010; Mudde/Rovira Kaltwasser 2013; Müller 2016). Tatsächlich haben sich die Wahlsiege der Kommunitaristen in Form der Rechtspopulisten in Ländern wie Ungarn, Polen und den USA zu einer Herausforderung, mitunter auch einer Bedrohung, der Rechtsstaatlichkeit entwickelt.

Selbstverständlich zeigen Individuen nicht alle idealtypischen kosmopolitischen oder kommunitaristischen Einstellungsmerkmale auf einmal. Doch je mehr dies der Fall ist, desto klarer können sie einem der beiden Pole zugeordnet werden. Je mehr Individuen sich an einem dieser Pole positionieren, desto eher können politische und soziale Institutionen Folgebereitschaft erzeugen, indem sie gemäß der politisch-ideologischen Logik des entsprechenden Pols mobilisieren, wodurch sich die auf sozialstrukturelle Veränderungen zurückzuführenden Trends verstärken. Grüne und rechtspopulistische Parteien sind die eindeutigsten Beispiele für die Wählermobilisierung entlang der neuen Konfliktlinie. Dennoch können sowohl Organisationen als auch Einzelpersonen Elemente beider Pole

⁴ Es soll nicht geleugnet werden, dass die linken Flügel dieser kosmopolitischen Parteien manchmal antiliberalen Einstellungen und Verhaltensweisen zeigen, wenn sie versuchen, argwöhnisch die korrekte Begrifflichkeit in der Redefreiheit einzuschränken und andere ‚richtige‘ Ansichten über Geschlecht, Vielfalt, Einwanderung oder Islam durchzusetzen.

aufweisen. Jedoch verläuft der kommunitaristisch-kosmopolitische Konflikt sowohl mitten durch die Mitte-Links- als auch die Mitte-Rechts-Parteien. Ihre politische Zukunft wird in hohem Maße von ihrer jeweiligen Fähigkeit abhängen, ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen kommunitaristischen und kosmopolitischen Inhalten zu entwickeln.

5 Kosmopoliten, Kommunitaristen und Demokratie

Konflikte sind für die Demokratie nichts Neues. Im Gegensatz zu anderen politischen Regimearten besteht ein Vorzug der Demokratie darin, dass sie Konflikte anhand von zuvor festgelegten und legitimierten Verfahren friedlich lösen kann. Worin besteht dann die besondere Herausforderung für die Demokratie, die sich aus der neuen Spaltung ergibt? Zunächst werden wir uns den unterschiedlichen Demokratieverständnissen von Kosmopoliten und Kommunitaristen widmen. Bevor wir mögliche Auswirkungen des Konflikts und der neu entstandenen Parteien auf die Demokratie diskutieren, wollen wir die unterschiedlichen Demokratievorstellungen von Kosmopoliten und Kommunitaristen erläutern.

A Kosmopolitische Demokratie und ihre Kritiker

Kosmopoliten stehen für universelle Rechte und Solidarität mit Flüchtlingen. Aber haben sie auch das bessere Demokratiekonzept? Viele bezweifeln das. Obwohl Kosmopoliten akzeptieren, dass Demokratie nur als Mehrebenen-Governance konzipiert werden kann,⁵ scheinen sie sich theoretisch hauptsächlich mit Demokratie jenseits des Nationalstaats zu beschäftigen, während Demokratie im Nationalstaat nur als sekundäres Interesse wahrgenommen wird.⁶ Kernidee der kosmopolitischen Demokratie ist die Demokratisierung internationaler Institutionen (Held 1995; Zürn 1998) oder die, wie Daniele Archibugi es ausdrückt,

5 Archibugi (2004, S. 446) spricht von „fünf paradigmatischen Dimensionen der kosmopolitischen Demokratie – lokal, staatlich, zwischenstaatlich, regional und global“.

6 Wir können an dieser Stelle die umfangliche und anspruchsvolle Literatur zur kosmopolitischen Demokratie weder diskutieren noch zusammenfassen. Dennoch versuchen wir jene Aspekte zu klären, die für unsere Diskussion über Vorteile und Mängel kosmopolitischer und kommunitaristisch-populistischer Demokratiekonzepte relevant sind. Eine Übersicht über kosmopolitische Modelle einer globalen Ordnung findet sich bei Zürn (2015).

„Globalisierung der Demokratie und gleichzeitig Demokratisierung der Globalisierung“ (Archibugi 2004, S. 434). Von den ‚sieben Annahmen‘ der kosmopolitischen Demokratie betont Archibugi die folgenden drei als besonders wesentlich (Archibugi 2004, S. 439):

- Globale Demokratie ist nicht nur die Errungenschaft der Demokratie in jedem Staat.
- Die Globalisierung untergräbt die politische Autonomie der Staaten und unterminiert damit die Wirksamkeit staatlicher Demokratie.
- Die Betroffenen-Gemeinschaften (*stakeholder communities*) stimmen in einer relevanten und wachsenden Anzahl von Fragen nicht notwendigerweise mit den territorialen Grenzen von Staaten überein.

Kosmopoliten fordern die Übergabe nationaler Souveränitätsrechte an internationale Organisationen und supranationale Regime, wenn sie nicht gar die Vision einer demokratischen Weltregierung, eines Weltparlaments und einer globalen Zivilgesellschaft vertreten (vgl. Archibugi/Held 1995; Höffe 1999; Anheier 2001; Keane 2003; Caney 2005; Archibugi 2008). Sie plädieren für Kompetenztransfers an die UN und EU, für Freihandelsabkommen und den Internationalen Währungsfonds (IWF), für Weltklimakonferenzen und eine Fiskalunion in der Eurozone, für starke Menschenrechtsregime auf globaler Ebene und Institutionen, die globale Umverteilung möglich machen.

Das kosmopolitische Entstehen für starke politische Institutionen jenseits des Nationalstaats basiert auf zwei Argumentationslinien: einer funktionalen und einer prozeduralen. Nach der funktionalen Argumentationslinie ist die heutige Welt so eng vernetzt, dass die wachsende Zahl transnationaler Probleme nur noch auf den Ebenen ‚jenseits‘ des Nationalstaats gelöst werden kann. Der Nationalstaat muss sich damit arrangieren, in ein Mehrebenensystem eingebettet zu sein. Die Effektivität transnationalen Handelns wird somit zum Grund für gebündelte und delegierte Souveränität. Effektive Problemlösung und die Ergebnisse politischen Handelns sind natürlich ein Aspekt demokratischer Legitimität, da die Bürger sie erwarten, wollen und fordern. Nur wenn ein politisches System Probleme löst, kann es als ‚Demokratie für die Menschen‘ anerkannt werden.

Diese kosmopolitischen Demokratieerträge führen jedoch zu Verlusten bei der Qualität demokratischer Verfahren im Hinblick auf Partizipation, Deliberation und Transparenz, wenn der Entscheidungsprozess über den Nationalstaat hinausgeht. Während Verfahren integraler Bestandteil der Idee von Demokratie sind, werden sie in Konzepten, die prozedural argumentieren, meist nicht als Kernanliegen behandelt, wenn ihre Beschädigung nicht gar als Kollateralschaden angesehen wird, der im unaufhaltbaren Globalisierungs- und Supranationalisierungsprozess entsteht. Es ist nicht zu leugnen, dass die prozeduralen

Argumentationen auch gute Gründe für sich geltend machen können. Würde die Übertragung von nationalstaatlichen Souveränitätsrechten auf supranationale Regime oder internationale Organisationen tatsächlich zu einer erhöhten Problemlösungskapazität (z. B. Freihandel, wirtschaftlicher Wohlstand, Klimawandel, Menschenrechte, Frieden und Sicherheit) beitragen, die auf lediglich nationalstaatlicher Ebene nicht erreicht werden kann, müsste die Diskussion um normative Abwägungen (*trade-offs*) mit den folgenden Fragen beginnen: Besteht ein Verlust demokratischer Güter wie gleiche Teilhabe und Repräsentation, klare Verantwortlichkeit, Transparenz und Kontrolle der Entscheidungsträger? Wie gravierend sind diese ‚demokratischen Verluste‘? Wie groß sind die Effizienz- und Effektivitätsgewinne auf supranationaler Ebene? Und wie, sofern es überhaupt möglich ist, kann man potenzielle Abwägungen zwischen Output-Legitimität einerseits und Input- und Throughput-Legitimität andererseits rechtfertigen? Die Diskussion solcher Legitimitätsabwägungen ist in den Schriften der Kosmopoliten unterentwickelt.

Neben der funktionalen Perspektive haben kosmopolitisch eingestellte Philosophen und Demokratietheoretiker wie Charles Beitz (1990), Thomas Pogge (1992), Daniele Archibugi (2008) und David Held (2010) das demokratische Argument stets ins Zentrum ihrer Begründung gerückt, nämlich dass diejenigen, die von politischen Entscheidungen betroffen sind, auch daran beteiligt werden müssen. Dieses ‚Kongruenzargument‘, das auf das römische Privatrecht zurückgeht, wurde im *Corpus Iuris Civilis* verankert und im Völkerrecht durch den Verfassungstheoretiker Hans Kelsen (1925) bekannt gemacht. Sowohl Dahl (1989) als auch Habermas (1986) sehen das Recht der Betroffenen als das Kernstück der Demokratie an. Aus dieser Perspektive hat der Nationalstaat es ermöglicht, dass dieses Prinzip in das Prinzip der Mitgliedschaft in einer territorial bestimmten Gemeinschaft übersetzt wurde. Solange gesellschaftliche Transaktionen und Interaktionen innerhalb nationalstaatlicher Grenzen stattfanden (vgl. Deutsch 1961), stellte der Nationalstaat einen Rahmen dar, in dem das demokratische Prinzip verwirklicht bzw. institutionalisiert werden konnte. Diese Verbindung zwischen Nationalstaat und demokratischem Prinzip löst sich jedoch mit der Globalisierung auf. In dem Maße, in dem der ökonomische und soziale Handlungsraum heute zunehmend über nationalstaatliche Grenzen hinausgeht, müssen sowohl politische Interventionen als auch das demokratische Prinzip globalisiert werden. Denn viele Entscheidungen auf nationaler Ebene bringen enorme Externalitäten hervor und betreffen somit Menschen unabhängig davon, ob sie qua Mitgliedschaftsprinzip an den Verfahren beteiligt sein sollten oder nicht, so lautet das kosmopolitische Argument. Zumindest in den Problembereichen, in denen Transaktionen und deren Effekte vollständig globalisiert sind – Finanzmärkte und Klimawandel sind Paradebeispiele –, sollten transnationale oder

globale Institutionen die Entscheidungen treffen; ansonsten wird das Prinzip der Betroffenheit eklatant verletzt. Es ist jedoch nicht hinreichend, diese Entscheidungen in nicht transparenten und von Machtasymmetrien geprägten Verhandlungen zwischen Regierungschefs und staatlichen Repräsentanten hinter verschlossenen Türen zu treffen. Die internationalen Institutionen selbst müssen darüber hinaus demokratisiert werden.

Unabhängig von der Stärke des normativen Auftritts der kosmopolitischen Demokratietheorien stecken ihre Schwächen in der mangelnden Konkretisierung ihrer allgemeinen Prinzipien hin zu spezifischen Verfahren und Institutionen. Zwei Einwände sind besonders relevant: Erstens ist es zwar richtig, dass viele soziale, wirtschaftliche und politische Entscheidungen grenzüberschreitend wirken. Aber die Festlegung eines Schwellenwerts hinsichtlich des Ausmaßes der Externalitäten, das nötig ist, um normativ gerechtfertigt die Übertragung der Entscheidungsprozesse auf internationale Institutionen zu rechtfertigen, erscheint doch unmöglich oder zumindest höchst willkürlich (Schwellenwertfrage). Selbst wenn wir uns zweitens auf eine Anzahl von erforderlichen internationalen Institutionen einigen würden, erscheint es äußerst schwierig, angemessene demokratische Prozesse auf globaler Ebene zu organisieren (Machbarkeitsfrage).

Um mit der Schwellenwertfrage zu beginnen: Menschliches Handeln und politische Entscheidungen generieren fortwährend Externalitäten. Dies bedeutet, dass Entscheidungen von Individuen immer auch andere Individuen beeinflussen, wie auch die Entscheidungen von Kollektiven andere Kollektive berühren. Angesichts dieser Komplexität ist die Frage nur schwer zu beantworten, wer von welchen Entscheidungen betroffen ist in einer Welt, die von komplexen und dynamischen Kausalitätsverhältnissen bestimmt ist. Dies gilt vor allem dann, wenn ein hinreichendes Maß an Rationalität geltend gemacht werden muss, um eine gerechtfertigte Grundlage für politische Ordnungen darzustellen. Die Behauptung, die Mitglieder einer nationalen Gesellschaft seien alle automatisch auch diejenigen, die von deren Entscheidungen betroffen sind, ist heute noch weniger plausibel als vor ein paar Jahrzehnten. Denn eine praktikable Alternative ist kaum vorstellbar. Wenn zum Beispiel die USA beschließen, ihre Staatsschulden zu erhöhen, wird dies fast den gesamten Rest der Welt betreffen; wenn die Europäische Zentralbank (EZB) beschließt, die Zinssätze zu senken und die Konjunktur der europäischen Volkswirtschaften anzukurbeln, wird dies Auswirkungen auf die Geld- und Haushaltspolitik vieler anderer Staaten innerhalb und außerhalb der EU haben; wenn die chinesische Regierung beschließt, in Computertechnologie zu investieren, kann dies Auswirkungen auf Arbeitsplätze in Indien oder im Silicon Valley haben. Solche Externalitäten rechtfertigen jedoch nicht automatisch ein Mitentscheidungsrecht in der Wirtschaftspolitik der USA, der EU oder Chinas. Zwar lassen sich direkte Auswirkungen auf die Bereitstellung öffentlicher Güter –

der Anstieg der CO₂-Emissionen beeinflusst das Leben der Menschen auf den pazifischen Inseln – von indirekten Auswirkungen aufgrund der verbesserten und effizienteren Produktion privater Güter – z. B. einer technologischen Neuerung, die den Marktanteil eines etablierten Herstellers verringert – unterscheiden. Diese Unterscheidung, so argumentieren Kosmopoliten, macht deutlich, dass sich nur von direkten Effekten ein Recht auf Beteiligung an Entscheidungen ableiten lässt. Aber selbst mit dieser Unterscheidung bleibt es noch sehr schwierig, wenn nicht gar aussichtslos, Institutionen zu konzipieren, die es erlauben würden, alle externen Effekte in Bezug auf die Bereitstellung öffentlicher Güter demokratisch zu verarbeiten.

Das wirft die Frage auf, welche Institutionen auf legitime Weise entscheiden können, wer durch eine nationale Entscheidung ‚betroffen‘ und wer Teil einer grenzübergreifenden Betroffenen-Gemeinschaft ist. Wie kann also eine Institution eingerichtet werden, die solche Schwellenwerte autoritativ und legitim treffen kann? Aber selbst wenn darauf eine Antwort gefunden wird, ergeben sich Folgeprobleme in Bezug auf verfahrenstechnische Entscheidungsfragen. Sollten die anderen Länder das gleiche Stimmgewicht bei Entscheidungsfindungen haben wie das Land, das die Entscheidung in erster Instanz trifft? Welche Institutionen sollen entscheiden und nach welchen Verfahren? Sollten nur die Exekutiven mitentscheiden? Sollte das Parlament das Recht haben, die Exekutive zu kontrollieren? Wie muss die Entscheidungsteilhabe der Bevölkerung implementiert werden? Dies sind ungelöste normative und prozedurale Probleme, die zeigen, dass das ‚Kongruenzprinzip‘ bzw. das ‚Betroffenheitsprinzip‘ nicht ohne Weiteres in konkrete Verfahren für die internationale Politik umgesetzt werden kann (aber siehe jüngst Blatter 2018). Transnationale Demokratie, die alle Betroffenen beteiligen will, mag zwar normativ, d. h. im Prinzip überzeugend sein, aber solange die Verfahrensfragen ungelöst bleiben, läuft sie Gefahr, eine abstrakte Utopie zu bleiben, anstatt zu einem realistischen politischen Projekt zu werden.

Selbst wenn das Schwellenwertproblem gelöst werden sollte, bleibt das Machbarkeitsproblem bestehen. Nimmt man das Prinzip der Betroffenheit in seiner extremen Variante ernst, müsste man daraus folgern, dass dem Rest der Welt bei Entscheidungen der USA immer ein Mitspracherecht eingeräumt werden müsste, da deren Entscheidungen weitreichende Auswirkungen auf die Welt haben. Diese Forderung mag zwar normativ vertretbar sein, ist aber politisch bedeutungslos, da die einzige wirklich globale Macht, die USA, das Land ist, das die Übertragung von Souveränitätsrechten über nationalstaatliche Grenzen hinweg – zumindest gegenwärtig – am stärksten bekämpft. Ebenso sind andere Großmächte wie China oder Russland nicht bereit, ihre Souveränität einzuschränken. Die Kosmopoliten sind sich dieser Umsetzungsprobleme bewusst. Sie konzentrieren sich daher auf die Etablierung und Demokratisierung gemeinsamer in-

ternationaler Entscheidungen über Probleme globalen Ausmaßes, die durch die Bündelung von Souveränität angegangen werden könnten. Doch auch hier scheint ihr Vorhaben kaum durchführbar.

Man könnte *ceteris paribus* sagen, dass je mächtiger ein Land ist, es desto weniger seine Souveränitätsrechte an internationale oder supranationale Organisationen abgeben wollen wird, weil es auf diese Weise an Kontrolle verlieren würde. Auch internationale oder supranationale Kooperationen, die Formen der Machtteilung darstellen, erscheinen Großmächten aufgrund der wechselseitigen Kontrolle suspekt (Viola/Snidal/Zürn 2015). Während starke internationale Institutionen im Interesse kleinerer und mittlerer Länder sein können, scheint dies für Großmächte, zumindest aus deren machtpolitischer Wahrnehmung, viel weniger zuzutreffen. Doch eine kosmopolitische Demokratie ohne Engagement von Großmächten droht zu scheitern oder weitgehend irrelevant zu werden, unabhängig davon, ob Klimawandel, Finanzen, Frieden oder Sicherheit dort thematisiert werden.

Die supranationalen Erweiterungen der Demokratie bringen auch demokratische Defizite mit sich. Je größer und komplexer politische Räume sind, desto weniger können sie demokratisch regiert werden, wie Robert Dahl (1989, S. 213 ff.), der Doyen der Demokratieforschung, argumentiert. Dahl formuliert unmissverständlich: „Das internationale System wird unter jeder vernünftigen Schwelle von Demokratie liegen“ (Dahl 1999, S. 21). Demokratieförderliche Vorgänge wie die gleichberechtigte Teilhabe der Bürger, die Transparenz und Vorhersehbarkeit politischer Entscheidungen, die Kontrolle über die Legislativen oder die vertikale und horizontale Machtverschränkung können jenseits des Nationalstaats nur weit weniger überzeugend umgesetzt werden. Dahl ist vom Gegenteil der kosmopolitischen Vorstellung, nach der Demokratie jenseits des Nationalstaats immer noch Demokratie sein wird, überzeugt. Er argumentiert dezidiert gegen die kosmopolitische Vision:

So wie der Nationalstaat die Möglichkeiten der Einwohner einschränkte, über Angelegenheiten, die für sie von Bedeutung sind, durch ihre lokalen Regierungen Kontrolle auszuüben, so verringert die Ausbreitung transnationaler Aktivitäten und Entscheidungen auch die Möglichkeiten der Bürger eines Landes, die Kontrolle über Angelegenheiten, die für sie von entscheidender Bedeutung sind, durch ihre nationale Regierung zu beeinflussen (Dahl 1989, S. 319).

Der kommunitaristische Einwand gegen den Kosmopolitismus ist stark: Das Recht auf souveräne Selbstbestimmung kann in einem Nationalstaat mit Grenzen besser realisiert werden als in einer kosmopolitischen Welt ohne Grenzen.

Die kosmopolitische Antwort auf das Machbarkeitsproblem ist dreifacher Natur: Erstens wird entgegnet, dass die Argumente für eine Größenbegrenzung der Demokratie nicht empirisch zu beweisen sind. So hinterfragt Mathias Koenig-

Archibugi (2011, 2012), welche notwendigen Voraussetzungen es für die Demokratie gibt, und kommt zu dem Ergebnis, dass es neben der Existenz von formellen Politikstrukturen keine notwendigen Voraussetzungen im strengen Sinn des Begriffs gibt. Er lehnt somit alle Thesen über die Unmöglichkeit einer globalen Demokratie ab und hält dagegen, dass politische Gemeinschaften konstruiert sind und sich über die Zeit verändern. Ferner hat sich die Idee der nationalen Zugehörigkeit selbst erst im 18. und 19. Jahrhundert entwickelt. Ein Kommunitarist würde dennoch entgegenen, dass Gemeinschaften zwar konstruiert oder imaginiert sein können, aber ohne eine erfolgreiche Konstruktion oder Imagination kann es keine Gemeinschaft geben; und ohne eine realisierte Gemeinschaft werden ihre Mitglieder auch nicht die an sie gerichteten Entscheidungen befolgen.

Ein zweites kosmopolitisches Argument fragt, ob die Machbarkeit nicht im Laufe der Zeit zunimmt, wenn die aktuellen Trends der kommunikativen und wirtschaftlichen Transnationalisierung anhalten. Entwickeln sich daraus nicht unterstützende Tendenzen oder entgegenkommende Entwicklungen (Zürn 2015)? Demnach entsprechen weder die individuellen Einstellungen noch die politische Mobilisierung oder die reale Verteilung politischer Macht dem Modell der nationalstaatlichen Demokratie. Bürger aus der ganzen Welt sehen internationale Institutionen für globale Fragen in der Verantwortung; es gibt ein zunehmendes Maß an Mobilisierung zugunsten der internationalen Institutionen; zudem lässt sich das Ausmaß politischer Macht der internationalen Institutionen schon jetzt nicht mehr mit dem klassischen Modell der nationalen Demokratie vereinbaren. Mit Blick auf die kosmopolitische Narration lässt sich festhalten, dass es bereits der Status quo ist, der sich als nicht kompatibel mit der Vorstellung eines segmentierten Systems demokratischer Nationalstaatlichkeit erweist. Obwohl nicht infrage stehe, dass viele empirische Voraussetzungen für eine globale Demokratie noch unerfüllt sind, argumentieren Kosmopoliten, dass die zentralen Entwicklungen in diesem Zusammenhang sich gegenwärtig eher vom Modell demokratischer Nationalstaatlichkeit wegbewegen.

Drittens verweisen Kosmopoliten darauf, dass nicht alle Staaten demokratisch sind. Es gibt berechtigte Gründe, das Recht auf territoriale Selbstbestimmung zumindest in jenen Fällen zu beschneiden, in denen ein diktatorischer Herrscher gegen fundamentale Menschenrechte ‚seines Volkes‘ verstößt und anstelle des *protector populi* zum *hostis populi* wird. Aus dieser Perspektive seien die internationalen Institutionen unabdingbar, um demokratische Verfahren auf nationaler Ebene zu unterstützen.

Ungeachtet dieser Debatte neigen Kosmopoliten dazu, die Spannung zwischen dem Argument zugunsten globaler politischer Maßnahmen und den sozialen Voraussetzungen von Mehrheitsentscheidungen auszublenden. Sie beto-

nen die liberalen Elemente demokratischer Selbstbestimmung, insbesondere die Notwendigkeit des Schutzes individueller Rechte, der Rechtsstaatlichkeit, der Macht des besseren Arguments usw. Anscheinend vergessen sie dabei aber manchmal, dass Mehrheitsentscheidungen den Kern demokratischer Prozesse ausmachen und ohne Mehrheitsentscheidungen Minderheitenrechte keinen Sinn ergeben. Sie übersehen in Teilen auch, dass in internationalen Institutionen oftmals die Exekutive einen Vorrang vor der Legislative genießt und somit das Prinzip der Gewaltengliederung unterlaufen wird (vgl. Zürn 2000). Damit scheinen Kosmopoliten einem Demokratieverständnis anzuhängen, nach dem die Rolle von Wahlen, Parteien und Parlamenten abgewertet und die Stellung von Exekutiven und Institutionen, die nicht direkt von Mehrheitsentscheidungen abhängig sind, hervorgehoben wird. Dieses implizite Demokratieverständnis bestätigt die tendenziell elitäre Voreingenommenheit von Kosmopoliten.

Abgesehen von solchen Einwänden scheint für einige Kosmopoliten das Argument der funktionalen Notwendigkeit von Mehrebenen-Entscheidungsprozessen die prozeduralen Bedenken zu überwiegen.

Der Beleg für die Behauptung, dass die Entscheidungen der UN, G7, G20, EU oder des IWF besonders effizient oder effektiv seien, steht indessen noch aus. Damit ist nicht gesagt, dass diese Institutionen überhaupt nicht effektiv sind. Die Koordination zwischen IWF, anderen internationalen Organisationen und finanzstarken Nationalstaaten während der Finanzkrise 2007 und den Folgejahren trug zur Eindämmung der negativen Effekte der Krise bei. Die Internationalisierung des globalen Finanzraums stellte einen entscheidenden Gegensatz zur Weltwirtschaftskrise 1929 dar. Dieses Beispiel von effektiver Krisensteuerung lässt sich jedoch nicht einfach auf andere politische Bereiche übertragen. Denn viele internationale Institutionen bringen keine strengen Regulierungen hervor. Zudem setzen Mitgliedsstaaten entsprechende Regeln auch nicht immer um. Ein aktuelles Beispiel ist die Weigerung mehrerer Mitgliedsstaaten der EU, der gemeinsamen Entscheidung, Flüchtlinge auf die EU-Länder zu verteilen, nachzukommen. Die Weigerung wird dabei oft von der Mehrheit der Bevölkerung der entsprechenden Mitgliedsstaaten gestützt. Derartige Situationen müssen als eindeutige Warnsignale verstanden werden, die die Risiken des Regierens jenseits der Nationalstaaten und die Risiken des Überstrapazierens regionaler Integration vor Augen führen. Die schlimmste Konstellation wären überbeanspruchte regionale oder supranationale Regime, die mit undemokratischen Verfahren und wenig Effizienz und Effektivität operieren. Kosmopoliten müssen sich bewusst machen, dass sich nicht alle Länder und Themenfelder gleichermaßen demokratisch und effektiv jenseits des Nationalstaats regieren lassen. Was für die Klimapolitik der Fall sein kann, muss nicht für die Migrations- oder Sozialpolitik gelten. Was bei einer homogeneren Ländergruppe noch funktionieren mochte, wie etwa der

ehemaligen EU-15, muss noch lange nicht für die heterogene Union der 28 Mitgliedsstaaten oder den losen Club mächtiger Staaten, wie die G20, mit unterschiedlichen politischen Regimen und divergierenden Interessen gelten.⁷

Dennoch kann man dem kosmopolitischen Argument zustimmen, dass die Autonomie einzelner Staaten hinsichtlich der Möglichkeiten, kritische politische Entscheidungen zu fällen, abnimmt, auch wenn das in erster Linie eher für kleinere Länder gilt als für größere. Trumps unilaterale ‚America First‘-Politik zeigt jedoch, dass es kein teleologisches Prinzip weg vom Nationalstaat gibt. Allzu oft interpretieren die Kosmopoliten jedoch die Internationalisierung von Politik-inhalten und -prozeduren der letzten drei Jahrzehnte als unumstößliches Gesetz und als Möglichkeit, die engen Grenzen politischer Wirklichkeit und Gesinnungen gleichermaßen zu überwinden. Sie vergessen dabei bisweilen zu reflektieren, welche Elemente der nationalstaatlichen Demokratie um der Demokratie willen gerettet werden können und sollen. Ihr Fokus richtet sich primär auf globale Gerechtigkeit und globale Demokratie und weniger auf die Möglichkeiten nationalstaatlicher Demokratie. Das verbindet sich häufig mit einem Mangel an Aufmerksamkeit für die Interessen und Ängste der weniger gebildeten Unterklassen der Nationalstaaten des Westens, die Angst vor einem Regierungssystem ohne Grenzen haben, weil sie die Sicherheit des nationalen Wohlfahrtsstaats verlieren würden. Insofern tragen kosmopolitische Theoretiker zur Verstärkung der Eliten-Massen-Kluft zwischen Kosmopoliten und Kommunitaristen bei.

B Kommunitaristische Demokratie und ihre Kritiker

Die meisten Versionen kommunitaristischer Theorie folgen den normativ noblen Entwürfen, die sich auf eine aktive Gemeinschaft, eine starke partizipative Demokratie und einen pluralistischen Republikanismus stützen (vgl. unter anderem Honneth 1993; Etzioni 1998; Haus 2003). Kommunitaristen verstehen Freiheit, Selbstregierung, staatsbürgerliche Tugenden und eine partizipationsorientierte institutionelle Infrastruktur als untrennbar vereint in einer politischen Gemeinschaft. Sie begreifen Freiheit als das Ergebnis politischer Kommunikation und Partizipation. Ihr Demokratiebegriff zielt weniger auf individuelle Rechte als auf aktive Bürgerschaft und kollektive Selbstregierung in einer klar begrenzten und definierten politischen Gemeinschaft. Nach ihrer Überzeugung kann eine starke

⁷ Aber selbst die EU aus 28 (27) Mitgliedsstaaten scheint die Grenzen einer tief greifenden und umfangreichen Integration erreicht zu haben, worin das Risiko einer Überbeanspruchung eines supranationalen Regimes besteht.

Demokratie nicht in großen, heterogenen und territorial offenen Räumen realisiert werden, sondern sie ist vielmehr mit den konkreten sozialen Lebenswelten der Menschen innerhalb einer Gemeinschaft verbunden, die beispielsweise für die Akzeptanz von Mehrheitsentscheidungen von Seiten der Minderheiten notwendig ist.

Es ist jedoch weniger das aristotelische Erbe, das im rechtspopulistischen Denken zum Tragen kommt.⁸ Vielmehr ist es nicht selten die Vorstellung, dass jenseits kleinerer kommunaler politischer Gemeinschaften besonders die Nation und der Nationalstaat die Regeln des politischen Spiels definieren können und sollen. Trumps ‚America First‘ ist Ausdruck dieses neu aufgekommenen Nationalismus. Er kann als nationalistischer Abkömmling der kommunitaristischen Philosophie angesehen werden. Während die Kosmopoliten das Dogma der nationalen Souveränität überwinden wollen, wollen nationalistische Kommunitaristen es schützen bzw. wiederherstellen. Das ist das Programm der Rechtspopulisten. Sie haben ihre (relativen) Wahlerfolge wegen ihres Kampfes gegen die europäische Integration, gegen die Globalisierung, gegen den Multikulturalismus und gegen die Migration, insbesondere aus muslimischen Ländern, errungen. Sie behaupten, dass sich nur eine homogenere Gesellschaft mit ausreichendem zwischenmenschlichen Vertrauen und nationaler Identität zu einer solidarischen Gemeinschaft entwickeln kann. Die grundlegende Idee ähnelt in gewisser Weise dem, was die schwedischen und anderen skandinavischen Sozialdemokraten in der Mitte des 20. Jahrhunderts ‚Folkshemmet‘ (Volksheim) genannt haben.⁹ Es besteht jedoch ein essenzieller Unterschied zwischen diesen beiden Konzeptionen einer politischen und sozialen Gemeinschaft. Während sich die sozialdemokratischen Kommunitaristen für eine umfassende Inklusion aller Individuen und sozialen Klassen in die Solidargemeinschaft eingesetzt haben, fordern nationalistische Kommunitaristen, wie eben ihr wenig legitimer Spross, die Rechtspopulisten, die Ausgrenzung ‚fremder‘ ethnischer und religiöser Gruppen, um eine einheitliche nationale Gemeinschaft zu erhalten. Sie träumen von nationaler Solidarität auf der Basis eines ethnisch-kulturell möglichst homogenen Volkes, indem sie die Immigration einschränken und anstelle der Multikulturalität eine nationale Leitkultur setzen wollen. Sie beanspruchen, den ‚wahren‘ und

⁸ Wie bei den Kosmopoliten diskutieren wir hier nicht die Vielfalt der demokratischen Konzepte in der facettenreichen Welt der kommunitaristischen Theoriebildung; wir konzentrieren uns hauptsächlich auf die nationalistische Variante des Kommunitarismus, die in den letzten Jahrzehnten in Europa und in den USA besonders relevant geworden ist.

⁹ Das Konzept ‚Folkshemmet‘ wurde zuerst von Premierminister Per Albin Hansson im Jahr 1928 verwendet und steht symbolisch für die lange Periode sozialdemokratischer Regierung von 1932 bis 1976.

‚einheitlichen‘ Willen der ‚einfachen Menschen‘ gegenüber den ‚korrupten Eliten‘ zu vertreten.

Auf diese Weise stehen sich zwei gegensätzliche Auffassungen von Demokratie gegenüber. Um es ein wenig zu vereinfachen, kann man die Demokratie als ausgewogenes Zusammenspiel zweier Grundgedanken verstehen: einerseits die Souveränität des Demos und andererseits die Einschränkung dieser Volkssouveränität durch den Rechtsstaat mit seinem Grundrechtsschutz für Individuen oder Gruppen. Es ist vor allem der zweite Aspekt, der die westlichen Demokratien in den letzten Jahrzehnten in tolerante Gesellschaften verwandelt hat, die die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Rechte der Minderheiten ernst nehmen und so zu einer Demokratisierung der Demokratie beigetragen haben. Genau dieses liberale Element der Demokratie wird von rechtspopulistischen Kommunitaristen nur teilweise akzeptiert. Rechtspopulisten erkennen der Souveränität des Volkes eine höhere Legitimität zu als dem Schutz von Minderheiten durch Rechtsstaatlichkeit. Für sie heißt das: Im Zweifelsfall sticht die Mehrheitsentscheidung die Minderheiten- und individuellen Grundrechte.

Es ist allerdings nicht per se undemokratisch, wenn eine Mehrheit für weniger offene Grenzen, für mehr nationale Souveränität und für weniger Minderheitenrechte votiert. Sobald jedoch eine solche Mehrheit instrumentalisiert wird, um verfassungsmäßige Kontrollen und individuelle Rechte, die den demokratischen Prozess schützen, zu beseitigen, wird die Macht dieser Mehrheit illiberal. Der Wahlsieg einer rechtspopulistischen Partei, die die Grenzen für Menschen und Güter schließen und die Kompetenzen von internationalen Institutionen zurückgewinnen will, mag kosmopolitischen Überzeugungen widersprechen, kann aber nicht als undemokratisches Ergebnis einer demokratischen Wahl zurückgewiesen werden. In dem Moment jedoch, in dem die Gewinner das empfindliche Gleichgewicht zwischen den beiden demokratischen Dimensionen verwerfen, wie zum Beispiel in Ländern wie Ungarn, der Türkei oder Polen, droht der Antiliberalismus auch antidemokratisch zu werden.

In den meisten Fällen ist diese radikale Befürwortung von Mehrheitsentscheidungen nicht nur illiberal, sondern auch antipluralistisch. Sie hebt nicht nur die Mehrheitsentscheidungen über Minderheiten- und individuelle Grundrechte; sie denunziert auch etablierte Verfahren zur Feststellung des Willens der Mehrheit. Alle, die der ‚schweigenden Mehrheit‘ kritisch gegenüberstehen, werden als Mitglieder einer entfremdeten und selbstsüchtigen Elite verurteilt, der zudem vorgeworfen wird, die Medien und die öffentliche Meinung zu kontrollieren. Etablierte Verfahren zur Deliberation und Konsensarbeit würden von den ‚korrupten Eliten‘ als Mittel der politischen Bevormundung eingesetzt. Das Gegenmittel soll die Weisheit der Anführer neuer Parteien und Bewegungen sein, die ‚wissen‘, was die ‚schweigende Mehrheit‘ will (Müller 2016, S. 47). Der Wahlslogan

der österreichischen rechtspopulistischen Partei FPÖ mit Blick auf ihren Kandidaten Heinz-Christian Strache verdeutlicht dies: „Er will, was wir wollen.“ Im Extremfall werden diejenigen, die ‚wissen‘, was der ‚Mann auf der Straße will‘, von den sonst üblichen Standards der politischen Anständigkeit befreit, wie Donald Trump und seine beeindruckend stabile Unterstützung in beachtlichen Teilen der US-Bevölkerung zeigen.

Diese illiberale und antipluralistische Version ist jedoch keineswegs die einzige relevante politische Manifestation kommunitaristischer Theorien. Obwohl sie auf den konkreten Kontext konkreter Gemeinschaften verweisen, müssen sie nicht notwendigerweise illiberal ausfallen. Sie können auch die Form einer ‚starken‘ Basisdemokratie annehmen, wie in Benjamin Barbers (1984) Arbeit, oder auch die eines liberal-kommunitaristischen Republikanismus wie in Charles Taylors (1992) liberaler Vision des Kommunitarismus, die versucht, die Vorstellung von einem ‚Recht auf Rechte‘ mit einer kommunitaristischen Verpflichtung für das Gemeinwohl zu kombinieren. Beide Aspekte sind hier normativ gleichbedeutend. Taylor entwickelt vier Bedingungen für eine demokratische Gemeinschaft: Solidarität mit der Gemeinschaft; die konkrete Möglichkeit, sich an Entscheidungsprozessen zu beteiligen; die Wichtigkeit des gegenseitigen Respekts; eine faire und funktionierende Wirtschaftsordnung. Craig Calhoun (2002) ergänzt Taylor, indem er den Kosmopolitismus kritisiert, weil dieser die Fähigkeit von nationalen Identitäten und Grenzen zur Förderung von Solidarität und Demokratie unterschätze. Taylor und Calhoun weisen damit auf eine Möglichkeit hin, den Liberalismus und den Kommunitarismus in Einklang zu bringen und dabei gleichzeitig zwei Fallstricke zu vermeiden: den reaktionären Traditionalismus und chauvinistischen Nationalismus auf der einen und den deregulierenden globalen Kapitalismus auf der anderen Seite.

Kommunitaristen neigen dazu, Demokratie entweder auf lokaler oder auf nationaler Ebene anzusiedeln. Während basisorientierte lokale Gemeinschaften ihre Rechte und Selbstregierungs Kompetenzen nicht an die nationale Ebene abgeben wollen, sind nationalistische Kommunitaristen sehr zurückhaltend gegenüber einem möglichen Transfer von nationalen Kompetenzen an internationale Organisationen und supranationale Regime. Sie schließen sich der These von Robert Dahl an, dass jede supranationale Erweiterung der Demokratie unmittelbare und ernsthafte Einbußen in der demokratischen Qualität verbuchen muss (Dahl 1989, 1999). In diesem Sinne folgen (nichtpopulistische) Kommunitaristen – ob absichtlich oder nicht – anderen demokratischen Ansprüchen als viele Kosmopoliten, die den demokratischen Nationalstaat gerne als anachronistischen ‚Container‘ einer vergangenen Epoche herabwürdigten. In diesem Sinne kann man von einem demokratischen Kommunitarismus sprechen, der nicht mit rechtspopulistischen Parteien gleichgesetzt werden kann.

Alle Varianten kommunitaristischer Demokratietheorie haben jedoch eine gemeinsame Schwäche. Ihre Verteidigung der Verfahren und Institutionen des demokratischen Nationalstaats baut in erster Linie auf den lokalen und nationalen Gemeinschaften auf und nicht auf dem Prinzip der Betroffenheit in einer globalisierten Welt. Wenn der Kosmopolitismus recht hat, dass die Entscheidungen demokratischer Nationalstaaten in Zeiten der politischen und gesellschaftlichen Entnationalisierung zunehmend Menschen außerhalb ihrer Grenzen betreffen und ihre Effektivität zunehmend von an anderer Stelle getroffenen Entscheidungen abhängt, dann sind demokratische Verfahren innerhalb der Nationalstaaten und demokratische Prinzipien aus zwei Gründen nicht mehr identisch: Die Bürger werden zu einem gewissen Grad von politischen Entscheidungen beherrscht, die sie kaum beeinflussen können, wie es bei jenen Bewohnern der pazifischen Inseln der Fall ist, deren Häuser Opfer der Klimapolitik der USA, Chinas und der EU sind. Zudem setzt die Demokratie das Konzept der effektiven Entscheidungsfindung voraus, also die Idee, dass politische Entscheidungen Mittel sind, mit denen Kollektive sich selbst steuern können.

Diese kosmopolitischen Einwände gegen die nationale Demokratie könnten Gründe sein, weshalb die illiberale und antipluralistische Version des kommunitaristischen Denkens so erfolgreich wurde. Wenn der kosmopolitische Einwand akzeptiert wird, sind zwei Antworten denkbar. Eine davon ist kosmopolitischer Natur: Stärkung und Demokratisierung internationaler Institutionen; die andere besteht darin, Grenzen zu schließen, die Heterogenität innerhalb der Gesellschaft zu reduzieren und die Idee von nationalen Gesellschaften neu zu entwickeln. In einer globalisierten und zutiefst pluralistischen Welt könnte die nationalistische Verteidigung des Nationalstaats notwendigerweise zu illiberalem und antipluralistischem Denken führen, wie es im heutigen Ungarn oder in Polen teilweise der Fall ist. Das Zusammenspiel zwischen der Ablehnung supranationaler Kompetenz jenseits des Nationalstaats einerseits und geschlossenen Grenzen für Güter, Kapital und Menschen sowie der generellen Bevorzugung von Mehrheitsentscheidungen gegenüber Minderheiten- und individuellen Grundrechten andererseits ist nicht zufällig. Es ist daher nicht verwunderlich, dass rechtspopulistische Parteien keineswegs die einzige, wenn auch die sichtbarste Manifestation des Kommunitarismus sind, die wir in westlichen Demokratien (einschließlich Osteuropas) und ihren Parteiensystemen gegenwärtig beobachten können.

6 Repolitisierung, Polarisierung und deren Effekt auf die Demokratie

Die Positionen von Kosmopoliten und nationalistischen Kommunitaristen sind in Bezug auf die Rolle von Grenzen gegensätzlich. Dies ist sowohl in der Theorie als auch in der politischen Praxis der Fall. In der Parteienlandschaft findet diese Polarisierung ihren Ausdruck in der Konfrontation zwischen Grünen und Rechtspopulisten. Der Mainstream der Demokratietheorien von Habermas bis Lijphart (einschließlich Dahl), von der deliberativen Demokratie bis zur Konkordanzdemokratie und von den konservativen bis zu den sozialdemokratischen Parteien hält Polarisierung in der Demokratie für nicht wünschenswert. Vernunft, Kompromiss, von Macht und Interessen befreite Deliberation oder wenigstens kompromissorientierte Verhandlung und Interessensvermittlung gelten als das Wesen zivilisierter Demokratien. Die großen Mitte-Rechts- und Mitte-Links-Parteien, kooperative Interessensgruppen und Technokraten haben diese Tendenz in den letzten Jahrzehnten auf die Spitze getrieben. Sie haben sich entweder selbst als entpolitisierte integrative Agenten der Demokratie verstanden oder wurden dafür gehalten, seit der Klassenkonflikt aufgehört hat, das Parteiensystem zu prägen, und Volksparteien das Sagen übernommen haben. In der Tat waren die integrativen Folgen dieser Politik beträchtlich. Aber die Nachteile können nun kaum übersehen werden. Der Reichtum der Reichsten hat sich vervielfacht, die relative Armut der Armen ist in den meisten etablierten Demokratien gewachsen. Konservative und reaktionäre Traditionalisten sind aus dem Mainstream öffentlicher Diskurse aufgrund eines engen Verständnisses von politischer Korrektheit verbannt worden. Traditionalisten und die unteren Klassen haben festgestellt, dass sie immer weniger von der ‚ökonomischen Rationalität‘ des *trickle-down* und der kosmopolitischen Vernunft offener Grenzen profitieren. Sie reagierten für längere Zeit resigniert, indem sie sich weitgehend aus der politischen Partizipation zurückzogen. Die neu aufgekommenen Rechtspopulisten haben manchen von ihnen eine (vermeintliche) Stimme gegeben.

Postmarxisten wie Chantal Mouffe (2005, 2007, 2013, 2018) und Ernesto Laclau (2005) haben den (Links-)Populismus in Form einer Lobpreisung der Polarisierung als konstitutives Moment einer radikal demokratischen Gesellschaft aufgegriffen. Die Polarisierung führt gemäß ihrer Argumentation zu einer ehrlicheren politischen Konfrontation, regt die politische Partizipation an und bringt Teile der marginalisierten, weniger privilegierten und weniger gebildeten Bevölkerungsschichten in die politische Debatte zurück (vgl. auch Streeck 2017). Polarisierung wird als Allheilmittel gegen eine weitverbreitete politische Unzufriedenheit begriffen. Aus dieser Perspektive sind der Mangel an programmatischen

Alternativen in konsensorientierten, demokratischen Kontexten und die falsche Behauptung der Volksparteien, es gebe keine Alternativen zur herrschenden Politik, ein Schlüsselaspekt der Repolitisierung. Das Volk soll sich politisch im antihegemonialen Diskurs konstituieren. Dies ist weit entfernt vom völkischen Volksverständnis der Rechtspopulisten. In der politischen Realität des 21. Jahrhunderts findet dieser oppositionelle Diskurs jedoch nicht primär entlang der sozioökonomischen Dimension statt, sondern in der kulturellen Auseinandersetzung über die Bedeutung von Grenzen. An der Spitze der rechtspopulistischen Agenda steht nicht die kommunitaristische Regulierung von Märkten und der von ihnen produzierten Ungleichheit, wie Streeck (2017) und Mouffe (2013) erhofft haben, sondern der Kampf gegen den fremden Anderen. Die Entfremdung der weniger kosmopolitischen Unterschichten verfällt der Fremdenfeindlichkeit (Eribon 2013). Der demokratischen Forderung, sich im herrschenden politischen Diskurs nicht marginalisieren zu lassen, droht die praktische Gefahr, von undemokratischen Inhalten der extremen Rechten überlagert zu werden. Populistische Anliegen sind zwar nicht per se undemokratisch und nicht jede Form der Kritik an der europäischen Integration muss als nationalistisch und illegitim angesehen werden. Es können sowohl demokratische Motive als auch rationale wirtschaftliche Interessen dahinterstehen. Arbeiter in auslaufenden Industriezweigen oder Kohlebergwerken können andere Interessen haben als der Finanzkapitalismus, die gehobenen Mittelschichten oder die grünen Parteien. Rechtspopulistische Politik wird jedoch genau dann undemokratisch, wenn die demokratischen Prinzipien der freien Gleichheit und gleichen Freiheit auf Basis von Rasse, ethnischer Zugehörigkeit, Religion und Geschlecht verletzt werden, wie es bei den meisten rechtspopulistischen Parteien in Europa der Fall ist.

In jedem Fall repolarisiert sich die politische Auseinandersetzung, besonders in den USA, aber auch in vielen europäischen Staaten, in Mexiko (etablierte Parteien gegen linke Populisten), in der Türkei¹⁰ und in gewissem Maße auch in anderen Institutionen jenseits der Nationalstaaten. Über Laclau und Mouffe¹¹ hinausgehend kann argumentiert werden, dass die politische Partizipation infolge der neuen Konfliktlinie zunimmt sowie niedrigere und entfremdete Klassen wieder eine politische Stimme gewinnen. Wieweit diese tatsächlich ihre Interes-

10 In der Türkei verläuft die Spaltung weniger zwischen Kosmopoliten und nationalistischen Kommunitaristen als zwischen säkularen politischen Kräften und autoritären, islamischen Anhängern des Präsidenten Erdogan.

11 Zu beachten ist, dass Mouffe (2000, 2005) selbst den Rechtspopulismus als falsche Antwort auf die „postpolitische“ Konstellation betrachtet, weil dieser den Begriff des Politischen mit einer ethnisch-essenzialistischen Konzeption von Kollektivität entstellt und damit selbst den Pluralismus gefährdet, der in erster Linie immer von neoliberalen Kräften eingeschränkt wird.

sen vertritt und inwieweit sie demokratieverträglich ist, muss jeweils konkret bestimmt werden. Aber aus der Perspektive demokratischer Repräsentation zeigen demokratische Institutionen und Verfahren erneut ihre Fähigkeit zur Anpassung, indem sie die durch die neuen Konfliktlinien neu entstandenen politischen Räume durch neue Parteien nutzen. Dieser Vorgang ist die Essenz der pluralistischen Repräsentation. Aber weil einige der neuen Repräsentanten der Demokratie mit demokratiefeindlichen Inhalten schaden, liegt es an den etablierten Parteien, diese neuen Räume durch gute Argumente und eine reaktive, aber verantwortungsvolle Politik im Rahmen des pluralistischen Wettbewerbs zu erobern. Das ist die Logik des demokratischen Spiels, das den Pluralismus ernst nimmt und nicht versucht, die Demokratie mit undemokratischen Verboten oder moralischer Exklusion vor ihren realen oder vermeintlichen Feinden zu retten. Darüber hinaus scheint es, dass in vielen westeuropäischen Demokratien etablierte Akteure reflektieren müssen, wie eine solch große Repräsentationslücke entstehen konnte. Sie sind daher gezwungen, die Interessen der Bevölkerung besser zu vertreten, ihre Politik besser zu rechtfertigen und ihre Ansprüche gegebenenfalls neu auszurichten. In diesem Sinne kann die rechtspopulistische Herausforderung die Demokratie sogar stärken, solange sie in der Opposition bleibt und nicht zu einer dominierenden Partei in der Regierung wird, wie dies derzeit in Polen und Ungarn der Fall ist.

Doch demokratische Politik kann nicht einfach rechtspopulistische Politik kopieren, um den rechtspopulistischen Parteien das Wasser abzugraben. Dies scheint derzeit die Versuchung der CSU in Bayern, der ÖVP in Österreich und der VVD von Mark Rutte in den Niederlanden (während des Wahlkampfs 2016) zu sein. Das ähnelt dem Selbstmord aus Angst vor dem Tod. Gleichzeitig sollten Kosmopoliten kommunitaristische Positionen nicht einfach im Modus der Arroganz der besser Gebildeten als moralisch unzulässig von den Debatten ausschließen, auch wenn diese Positionen einen nationalistischen Subtext enthalten. Dies provoziert nur das, was es zu verhindern gilt: nämlich eine zunehmende Zahl von Menschen, die eine politische Repräsentation suchen und dabei in die Arme der Rechtspopulisten laufen. Außer Frage steht jedoch, dass das Aufkommen von illiberalen und antipluralen Kräften eine erhebliche Gefahr für die Zukunft der Demokratie birgt. Es ist zweifelhaft, ob man die politischen Systeme von Ungarn und Polen in zehn Jahren als liberale Demokratien wird ansehen können, und selbst die Zukunft der USA unter Trump ist als offen zu erachten.

Die Art und Intensität, mit der die kosmopolitisch-kommunitaristische Spaltung und das damit einhergehende Anwachsen rechtspopulistischer Parteien auf die Demokratie Einfluss haben, hängt vor allem von drei entscheidenden Faktoren ab: der Stärke der rechtspopulistischen Parteien; der Frage, ob sie in der Opposition oder der Regierung sind; und der Stabilität des demokratischen Re-

gimes. Offensichtlich macht es einen Unterschied, ob rechtspopulistische Parteien in der Opposition bleiben, als Juniorpartner in eine Regierungskoalition kommen oder zur dominierenden Regierungspartei werden. Gleichzeitig stellt sich die Frage, ob rechtspopulistische Parteien in jungen, noch nicht konsolidierten Demokratien oder in etablierten und konsolidierten demokratischen Regimen agieren.

Die neue Polarisierung belebt aber auch die demokratische Dynamik auf transnationaler und internationaler Ebene. Protestmärsche für die EU und für offene Gesellschaften sind eine zivilgesellschaftliche Antwort auf die rechtspopulistische Herausforderung. Dieser nationalen Politisierung ging die Politisierung internationaler Institutionen durch zahlreiche anti-neoliberale Globalisierungsgruppen voraus: Bewegungen wie ATTAC (Association for the Taxation of Financial Transactions and Aid to Citizens) oder Occupy, die auf transnationaler Ebene agieren, aber auch von Protesten auf nationaler Ebene getragen werden, indem sie zum Beispiel verhindern wollen, dass die nationale Souveränität durch Handelsabkommen untergraben wird. Jedoch ist nur ein Teil der Politisierung internationaler Institutionen eine Form von Widerstand gegen internationale Institutionen. Viele transnationale, nichtstaatliche Akteure wenden sich öffentlich auf affirmative Weise an internationale Institutionen, etwa indem sie eine Intensivierung der klimapolitischen Maßnahmen auf internationaler Ebene fordern. Darüber hinaus versuchen verschiedene nichtstaatliche Gruppen – sowohl zivilgesellschaftliche Gruppen als auch Interessensgruppen –, dauerhaften Zugang zu internationalen Institutionen zu erhalten, um ihren Einfluss auf die internen Agenden und die Gestaltung politischer Maßnahmen zu erleichtern sowie letztlich die Institutionen bei der Umsetzung auch zur Rechenschaft ziehen zu können. Der Widerstand der Öffentlichkeit gegen internationale Institutionen und deren intensiviert Inanspruchnahme sind Ausdruck eines Prozesses, der als Politisierung bezeichnet werden kann (Zürn 2014). Politisierung ist eine notwendige Voraussetzung für die Demokratisierung internationaler Institutionen und erhöht damit die Möglichkeit ihrer Demokratisierung. Das Ergebnis dieses Prozesses ist jedoch offen.

7 Schluss

Ein paar Jahre nachdem Seymour Martin Lipset zusammen mit Stein Rokkan die Theorie der Konfliktlinien entwickelt hatte, formulierte er mit Earl Raab eine allgemeine Theorie des *backlash* (Lipset/Raab 1970). Die zentrale These lautet, dass ein extremistischer *backlash* auf gesellschaftliche Machtverschiebungen reagiert. „Die rechtsextremistischen Bewegungen in Amerika sind alle vor dem

Hintergrund der wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen entstanden, die dazu geführt haben, dass einige Bevölkerungsgruppen von ihrer einflussreichen Position verdrängt wurden“ (Lipset/Raab 1970, S. 485). Der daraus resultierende Extremismus war daher auch immer ein Extremismus weißer Männer. Das gilt auch für den aktuellen Rechtspopulismus fast 50 Jahre später. Lipset kann jedoch kein Kriterium zur Unterscheidung von neuen Konfliktlinien und Rückschlägen angeben. Es ist schwierig zu beurteilen, ob die gegenwärtigen Turbulenzen auf das Auftreten einer neuen und anhaltenden Spaltung der Politik zurückzuführen sind oder nur eine vorübergehende Reaktion auf Schwächen der etablierten Demokratie darstellen. Es sprechen jedoch zwei Argumente dafür, dass es sich um eine anhaltende Spaltung handelt, die sich nicht einfach nach einer gewissen Zeit auflösen wird.

Erstens ist die Veränderung der Parteienlandschaft in Europa grundlegender Natur. Rechtspopulistische Parteien verdanken diesem Wandel einen großen Teil ihres Erfolgs. Die im Entstehen begriffene neue Konfliktlinie erklärt sich durch die Effekte der Globalisierung. In den letzten zwei bis drei Jahrzehnten hat sich eine wachsende Zahl von Bürgern angesichts der neuen Konfliktlagen durch die etablierten Parteien in wirtschaftlicher, diskursiver und kultureller Hinsicht nicht vertreten gefühlt. Neue Parteien, insbesondere die Rechtspopulisten, haben sich diese Repräsentationsdefizite zunutze gemacht. Die wirtschaftlichen und kulturellen Konfliktlinien fusionieren nicht, sondern überlagern und überkreuzen sich teilweise. Die Tatsache, dass sich die etablierten Parteien und Medien in Ländern wie Frankreich, Österreich und Deutschland mittels informeller Koalitionen gegen die Rechtspopulisten zusammengeschlossen haben, bestätigt die politische Bedeutung der Konfliktlinie. Rechtspopulisten werden nicht mehr als Randgruppe, sondern als potenzielle Regierungsparteien gesehen. Der Umstand, dass mit Donald Trump ein Politiker durch eine populistische Wahlkampagne in das mächtigste Amt der Welt gewählt wurde, wird die neue Konfliktlinie stärken und zusätzlich die Bedeutung und Dauer des Rechtspopulismus ausbauen, solange die etablierten Parteien nicht unterschiedliche Positionen hinsichtlich der neuen Konfliktlagen einnehmen.

Zweitens gibt es gute Gründe, die Globalisierung und die damit einhergehende Digitalisierung als Auslöser einer sozialen Revolution zu sehen. Soziale Revolutionen erzeugen dauerhafte neue Konfliktlinien. Es ist nicht ‚nur‘ ein *backlash*, der eher die Antwort auf sich regelmäßig vollziehende soziale Wandlungsprozesse wäre. Während die Veränderungen in den letzten Jahrzehnten eindeutig zu einer Entmachtung der traditionellen (weißen) Arbeiterklasse geführt haben, ist der hier beschriebene Umbruch tief greifender. Er hat die Struktur der Gesellschaft verändert. Gegenstand der Auseinandersetzung sind nicht nur einzelne politische Prozesse, sondern hauptsächlich Grenzen, Grenzen in einem

umfassenden Sinne. Während frühere Spaltungen innerhalb von Nationalstaaten bearbeitet werden konnten, stehen jetzt die Grenzen der Nationalstaaten selbst im Fokus. Das macht den gegenwärtigen Kampf um Grenzen beispiellos. Angesichts der Tatsache, dass der Konflikt so tief greifend ist, ist es wenig verwunderlich, dass Kommunitaristen und Kosmopoliten oft diametral entgegengesetzte Positionen einnehmen und Probleme damit haben, politische Projekte so zu formulieren, dass sie mit demokratischen Prinzipien und Institutionen kompatibel sind.

Bibliographie

- Anderson, Benedict (1983): *Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*. London: Verso.
- Anheier, Helmut/Glasius, Marlies/Kaldor, Mary (Hrsg.) (2001): *Global Civil Society*. Oxford: Oxford University Press.
- Archibugi, Daniele (2004): „Cosmopolitan Democracy and Its Critics: A Review“. In: *European Journal of International Relations* 10. Nr. 3, S. 437–473.
- Archibugi, Daniele (2008): *The Global Commonwealth of Citizens. Toward Cosmopolitan Democracy*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Archibugi, Daniele/Held, David (Hrsg.) (1995): *Cosmopolitan Democracy. An Agenda for a New World Order*. Cambridge: Polity Press.
- Barber, Benjamin (1984): *Strong Democracy. Participatory Politics for a New Age*. Berkeley: University of California Press.
- Bartolini, Stefano (2005): *Restructuring Europe. Centre Formation, System Building, and Political Structuring between the Nation State and the European Union*. Oxford: Oxford University Press.
- Beitz, Charles (1990): *Political Equality. An Essay in Democratic Theory*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Beitz, Charles (2009): *The Idea of Human Rights*. Oxford: Oxford University Press.
- Bellaah, Robert (1967): *Civil Religion in America*. Cambridge MA: The MIT Press.
- Benhabib, Seyla (2007): *Another Cosmopolitanism*. New York: Oxford University Press.
- Blatter, Joachim (2018): *Transnationalizing Democracy Properly: Principles and Rules for Granting Consociated Citizens Voting Rights and Partisan Representation in the Parliaments of Nation States* (= WZB Discussion Paper, SP IV 2018–102). Berlin: WZB.
- Calhoun, Craig (2002): „The Class Consciousness of Frequent Travelers: Toward a Critique of Actually Existing Cosmopolitanism“. In: *The South Atlantic Quarterly* 101. Nr. 4, S. 869–897.
- Caney, Simon (2005): *Justice Beyond Borders: A Global Political Theory*. Oxford: Oxford University Press.
- Caney, Simon (2007): „Cosmopolitanism, Democracy and Distributive Justice“. In: Daniel Weinstock (Hrsg.): *Global Justice, Global Institutions*. Calgary: University of Calgary Press, S. 29–64.
- Dahl, Robert (1989): *Democracy and Its Critics*. New Haven, London: Yale University Press.

- Dahl, Robert (1999): „Can International Organizations be Democratic? A Skeptic's View“. In: Ian Shapiro/Casiano Hacker-Cordón (Hrsg.): *Democracy's Edges*. Cambridge, NY: Cambridge University Press, S. 19–36.
- De Wilde, Pieter/Koopmans, Ruud/Merkel, Wolfgang/Strijbis, Oliver/Zürn, Michael (Hrsg.) (2019): *The Struggle over Borders. A Political Sociology of Cosmopolitanism and Communitarism*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Deutsch, Karl (1961): „Social Mobilization and Political Development“. In: *American Political Science Review* 100. Nr. 4, S. 634–647.
- Eckstein, Harry (1966): *Division and Cohesion in Democracy: A Study of Norway*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Eribon, Didier (2013): *Returning to Reims*. Cambridge, MA: The MIT Press.
- Etzioni, Amitai (1998): *The Essential Communitarian Reader*. Lanham: Rowman & Littlefield.
- Flora, Peter (Hrsg.) (2000): *Stein Rokkan. Staat, Nation und Demokratie in Europa. Die Theorie Stein Rokkans aus seinen gesammelten Werken*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Forst, Rainer (2011): *Kritik der Rechtfertigungsverhältnisse*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Goodhart, David (2004): „Too diverse? Is Britain becoming too diverse to sustain the mutual obligations behind a good society and the welfare state?“. *Prospect Magazine Think again. Think Prospect*. Online unter: <https://www.prospectmagazine.co.uk/magazine/too-diverse-david-goodhart-multiculturalism-britain-immigration-globalisation>, Zugriff am 20. 11. 2018.
- Habermas, Jürgen (1986): *Politik, Kunst, Religion: Essays über zeitgenössische Philosophen*. Stuttgart: Reclam.
- Haus, Michael (2003): *Kommunitarismus – Einführung und Analyse*. Wiesbaden: Springer VS.
- Held, David (1995): *Democracy and the Global Order. From the Modern State to Cosmopolitan Governance*. Cambridge: Polity Press.
- Held, David (2004): *Global Covenant: The Social Democratic Alternative to the Washington Consensus*. Hoboken, NJ: Wiley & Sons.
- Held, David (2010): „Principles of Cosmopolitan Order“. In: Garrett Brown/David Held (Hrsg.): *The Cosmopolitan Reader*. Cambridge: Polity Press, S. 229–247.
- Höffe, Ottfried (1999): *Demokratie im Zeitalter der Globalisierung*. München: C.H. Beck.
- Honneth, Axel (Hrsg.) (1993): *Kommunitarismus – Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften*. Frankfurt am Main: Campus.
- Keane, John (2003): *Global Civil Society*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Kelsen, Hans (1925): *Allgemeine Staatslehre. Enzyklopädie der Rechts- und Sozialwissenschaften*. Berlin: J. Springer.
- Koenig-Archibugi, Mathias (2011): „Fuzzy Citizenship in Global Society“. In: *The Journal of Political Philosophy* 20. Nr. 4, S. 456–480.
- Koenig-Archibugi, Mathias (2012): „Global Democracy and Domestic Analogies“. In: Daniele Archibugi/Mathias Koenig-Archibugi/Raffaele Marchetti (Hrsg.): *Global Democracy: Normative and Empirical Perspectives*. Cambridge: Cambridge University Press, S. 160–182.
- Laclau, Ernesto (2005): *On Political Reason*. London: Verso.
- Lipset, Seymour/Raab, Earl (1970): *The Politics of the Unreason: Right-Wing Extremism in America, 1790–1970*. New York: Harper Collins.

- Lipset, Seymour/Rokkan, Stein (1967): „Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments. An Introduction“. In: Seymour Lipset/Stein Rokkan (Hrsg.): *Party Systems and Voter Alignments. Cross-national Perspectives*. New York, NY: Free Press, S. 1–64.
- MacIntyre, Alasdair (1988): *Whose Justice? Which Rationality?* Notre Dame, IN: University of Notre Dame Press.
- Mair, Peter (2006): *Ruling the Void. The Hollowing of Western Democracy*. London: Verso.
- May, John (1973): „Opinion Structure of Political Parties: The Special Law of Curvilinear Disparity“. In: *Political Studies* 21. Nr. 2, S. 135–151.
- Merkel, Wolfgang (2014): „Is Capitalism Compatible with Democracy?“. In: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 8. Nr. 2, S. 109–128.
- Merkel, Wolfgang/Scholl, Felix (2018): „Illiberalism, Populism and Democracy in East and West“. In: *Czech Journal of Political Science* 25. Nr. 1, S. 28–44.
- Milanovic, Branko (2016): *Global Inequality. A New Approach for the Age of Globalization*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Mouffe, Chantal (2000): *The Democratic Paradox*. London: Verso.
- Mouffe, Chantal (2005): „The ‚End of Politics‘ and the Challenge of Right-Wing Populism“. In: Francisco Panitza (Hrsg.): *Populism and the Mirror of Democracy*. London: Verso, S. 50–71.
- Mouffe, Chantal (2007): *Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion*. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Englische Originalausgabe: 2005. *On the Political*. London: Routledge).
- Mouffe, Chantal (2013): *Agonistics. The World Politically*. London: Verso.
- Mouffe, Chantal (2018): *For a Left Populism*. London: Verso.
- Mudde, Cas (2007): *Populist Radical Right Parties in Europe*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Mudde, Cas (2010): „The Populist Radical Right: A Pathological Normalcy“. In: *West European Politics* 33. Nr. 6, S. 1167–1186.
- Mudde, Cas/Rovira Kaltwasser, Cristóbol (2013): *Populism in Europe and the Americas. Threat or Corrective for Democracy?* Cambridge: Cambridge University Press.
- Müller, Jan-Werner (2016): *Was ist Populismus?* Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Nussbaum, Martha (2011): *Creating Capabilities. The Human Development Approach*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Piketty, Thomas (2014): *Capital in the 21st Century*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Pogge, Thomas (1992): „Cosmopolitanism and Sovereignty“. In: *Ethics* 103. Nr. 1, S. 48–75.
- Pogge, Thomas (2002): „Moral Universalism and Global Economic Justice“. In: *Politics, Philosophy and Economics* 1. Nr. 1, S. 29–58.
- Putnam, Robert (2000): *Bowling Alone: The Collapse and Revival of American Community*. New York: Simon & Schuster.
- Risse, Matthias (2012): *On Global Justice*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Sandel, Michael (1982): *Liberalism and the Limits of Justice*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Scheffer, Paul (2011): *Immigrant Nation*. London: Polity Press.
- Spittler, Marcus (2017): „Are Right-wing Populist Parties a Threat to Democracy?“. In: Wolfgang Merkel/Sascha Kneip (Hrsg.): *Democracy and Crisis: Challenges in Turbulent Times*. Cham: Springer Nature, S. 97–121.
- Stiglitz, Joseph (2012): *The Price of Inequality. How Today's Divided Society Endangers Our Future*. New York: W.W. Norton.

- Streeck, Wolfgang (2017): „The Return of the Repressed as the Beginning of the End of Neoliberal Capitalism“. In: Heinrich Geiselberger (Hrsg.): *The Great Regression*. Cambridge: Polity Press, S. 157–172.
- Taylor, Charles (1992): *The Ethics of Authenticity*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Viola, Lora/Snidal, Duncan/Zürn, Michael (2015): „Sovereign (In)Equality in the Evolution of the International System“. In: Stephan Leibfried/Evelyne Huber/Matthew Lange/Jonah Levy/Frank Nullmeier/John Stephens (Hrsg.): *The Oxford Handbook of Transformations of the State*. Oxford: Oxford University Press, S. 221–237.
- Young, Alastair (2010): „Perspectives on the Changing Global Distribution of Power. Concepts and Context“. In: *Politics* 30. Nr. 1, S. 2–14.
- Walzer, Michael (1983): *Spheres of Justice: A Defense of Pluralism and Equality*. New York, NY: Basic Books.
- Walzer, Michael (2007): *Thinking Politically. Essays in Political Theory*. New Haven, CT: Yale University Press.
- Zürn, Michael (1998): *Regieren jenseits des Nationalstaates*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Zürn, Michael (2000): „Democratic Governance Beyond the Nation State: The EU and other International Organizations“. In: *European Journal of International Relations* 6. Nr. 2, S. 183–221.
- Zürn, Michael (2014): „The Politicization of World Politics and its Effects: Eight Propositions“. In: *European Political Science Review* 6. Nr. 1, S. 47–71.
- Zürn, Michael (2015): „Survey Article: Four Models of a Global Order with Cosmopolitan Intent: An Empirical Assessment“. In: *The Journal of Political Philosophy* 24. Nr. 1, S. 88–119.
- Zürn, Michael (2018): *A Theory of Global Governance. Authority, Legitimacy & Contestation*. Oxford: Oxford University Press.